



Geschäftsbericht der FDP  
**2015–2017**

**Freie  
Demokraten**  
FDP

## Das Jahr der Bewährung vorbereiten

Liebe Freunde der Freiheit,

2014 hielt jeder die Freien Demokraten für eine stinkende Leiche. Nach den ersten Erfolgen im Jahr 2015 verfeimten uns viele als eine hohle Konserve mit sehr, sehr bunter Verpackung. Nach weiteren Erfolgen im Jahr 2016 meinten einige, die Liberalen seien der nützliche Idiot, der jeder beliebigen Regierung die fehlenden Stimmen verschafft. Doch die neu aufgestellten Freien Demokraten haben sehr sorgfältig abgewogen, wo sie sich in einer Regierung erfolgreich engagieren und wo nicht. Jetzt befinden wir uns im Jahr 2017, auf das wir uns in all diesen Jahren vorbereitet haben. Wir haben gezeigt, dass wir nichts von alledem sind, was uns andere nachsagen. Wir werden beweisen, dass wir in erster Linie eines sind: Die starke Stimme für mehr Chancen durch mehr Freiheit in den Parlamenten der Bundesrepublik Deutschland – einschließlich des Deutschen Bundestages.



Im Geschäftsbericht lässt sich ablesen, dass zwei Dinge im Mittelpunkt der Arbeit standen: Die Vorbereitung auf die Bundestagswahl durch Programmwurf und Kampagnenplanungen sowie die weitere Verwirklichung unserer Erfolgsformel: „Jeder Wahlkampf ist ein Wahlkampf der Gesamtpartei!“ Die Wahlkämpfe seit 2015 waren Gemeinschaftsproduktionen aus den Wahlkämpfern vor Ort in den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden sowie der Bundespartei. Dadurch ist es gelungen, neue Arbeitstechniken und die reibungslose Koordination zwischen den Ebenen einzuüben. Das hat den Team-Geist auf allen Ebenen gestärkt. Daher können wir guten Gewissens schon jetzt eines sagen: Die Freien Demokraten werden als motivierte und geschlossene Truppe antreten, während bei allen anderen Parteien viel Verunsicherung und interner Streit besteht.

So gut die Kampagne auch geplant sein wird, kann sie jedoch eines nie ersetzen: Das persönliche Bekenntnis unserer Mitglieder und Anhänger für die Freien Demokraten im Kreise von Familie, Freunden und Arbeitskollegen. Ihre persönliche Reputation und Glaubwürdigkeit sind gewichtige Argumente für die Wahlentscheidung vieler Menschen. Daher ist es besonders erfreulich, dass die Zahl der Freien Demokraten gerade in den zurückliegenden Monaten deutlich auf mittlerweile über 55.000 Mitglieder gestiegen ist.

Das Jahr der Bewährung ist da und wir sind gut darauf vorbereitet.

Ihr



Dr. Marco Buschmann  
Bundesgeschäftsführer

## Inhaltsverzeichnis

<b>1 Bundespartei und Bundesgeschäftsstelle.....</b>	<b>4</b>
Präsidium und Bundesvorstand .....	14
Wahlprüfungsausschuss.....	17
Bundessatzungsausschuss.....	18
Bundesschiedsgericht.....	19
Haushalts- und Finanzkommission.....	20
Sitzungen der Hauptgeschäftsführer.....	21
Liberales Internationales (LI) und ALDE (Partei).....	22
ALDE (Fraktion).....	24
FDP-Landesverband LV Net .....	25
FDP-Bürgerfonds .....	26
Liberaler Parteiservice.....	27
<b>2 Programmarbeit .....</b>	<b>29</b>
BFA Internationales Politik.....	29
BFA Wirtschaft und Energie .....	31
BFA Finanzen, Haushalt und Steuern .....	33
BFA Landwirtschaft und Ernährung.....	34
BFA Arbeit und Soziales.....	36
BFA Gesundheit.....	37
BFA Justiz, Integration und Verbraucherschutz .....	39
BFA Bildung, Forschung und Technologie .....	42
BFA Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit .....	43
BFA Medien, Internet und digitale Agenda.....	44
BFA Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	46
BFA Verkehr.....	47
BFA Kultur.....	48
BFA Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften .....	49
BFA Sport.....	50
Kommission Freiheit und Ethik.....	51
<b>3 Liberales Vorfeld .....</b>	<b>52</b>
Bundesverband Junge Liberale.....	52
Bundesverband Liberaler Mittelstand.....	54
Bundesverband Liberale Frauen.....	55

Bundesverband Liberale Senioren .....	56
Bundesverband Liberale Hochschulgruppen .....	57
Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker .....	58
Bundesvereinigung Liberale Schwule und Lesben .....	59
<b>4 Statistik.....</b>	<b>61</b>
Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum .....	61
Wahlergebnisse im Berichtszeitraum.....	62
Leitbild der Freien Demokraten .....	62
Organisationsplan der FDP-Bundesgeschäftsstelle .....	63

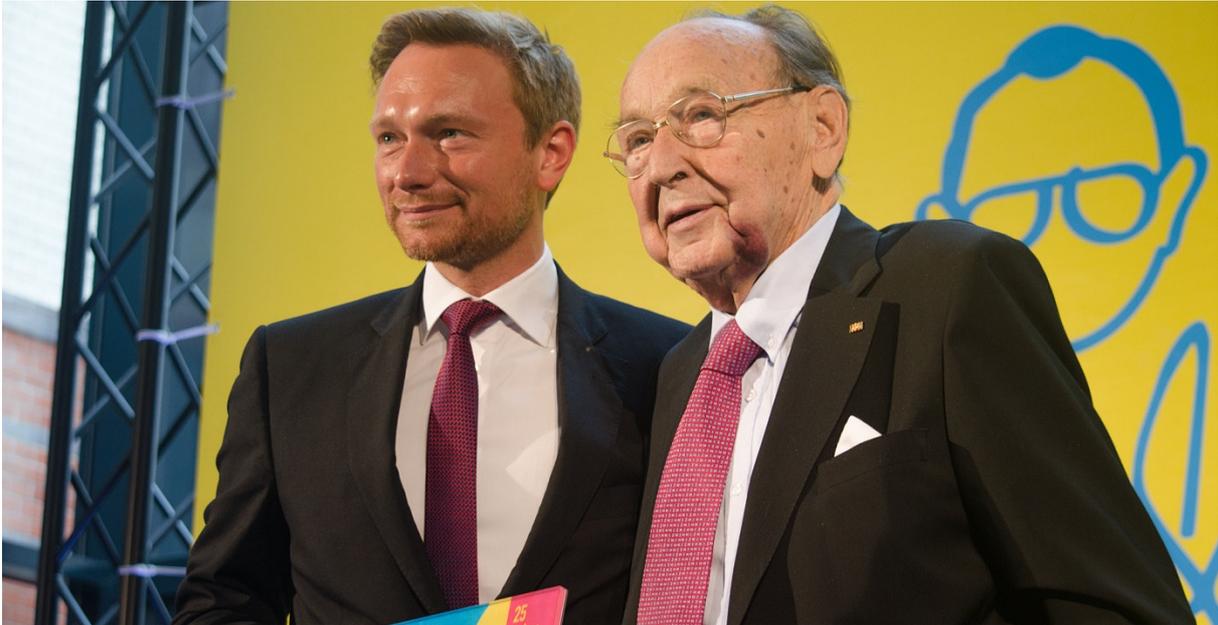
## 1 Bundespartei und Bundesgeschäftsstelle

„German Angst“ beschreibt in der englischen Sprache die für Deutsche als typisch empfundene Zögerlichkeit. Demgegenüber rief der vom 15. bis 17. Mai 2015 stattfindende **66. Ordentliche Bundesparteitag** das Motto „**German Mut**“ als Gegenmodell aus. Die Vorzeichen dafür standen gut: Mit den Wahlerfolgen in Hamburg und Bremen zeigten die Freien Demokraten, dass weiterhin mit ihnen zu rechnen ist. Standen am ersten Tag die Wahlen im Vordergrund, so wurde der zweite Tag ganz für die Beratung des Leitantrags „Mehr Chancen durch mehr Freiheit: Projekte für eine Republik der Chancen“ genutzt. Zudem beschloss der Bundesparteitag die finanzielle Grundlage des Ziels „Jeder Wahlkampf ist ein Wahlkampf der Gesamtpartei“ mit der Erhebung einer Sonderumlage der Kreisverbände für einen einheitlichen Kampagnenauftritt in allen wahlkampf führenden Landesverbänden, an denen sich auch der Bundesverband finanziell beteiligt.

Zum **FDP-Neumitgliedertreffen** am 16. Mai 2015 am Rande des Bundesparteitages in Berlin wurden 1.852 neue Parteifreunde zum gegenseitigen Kennenlernen eingeladen. Ein Besuch im Reichstag und die Teilnahme am Bundesparteitag waren nur zwei Höhepunkte dieses Neumitgliedertreffens.

Anlässlich des **25-jährigen Jubiläums des Zwei-plus-Vier-Vertrages** würdigten 200 Gäste im Thomas-Dehler-Haus am 9. September 2015 die historische Leistung des Ehrenvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher. Er unterzeichnete am 12. September 1990 in Moskau den Zwei-plus-Vier-Vertrag. Dieser gilt als einer der wichtigsten Meilensteine für die Wiedervereinigung und als diplomatische Meisterleistung. In seiner Rede gab Christian Lindner Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart. Er unterstrich liberale Prinzipien: die Orientierung am einzelnen Menschen und an seinem Recht, im Hier und Jetzt seinen Weg zum Glück zu suchen. Deshalb sei der Einsatz für Menschen und Bürgerrechte für die Freien Demokraten keine Nebentätigkeit, sondern Zweck an sich. Liberale vertrauen ebenso darauf, dass Interessenausgleich in internationalen, in multilateralen Organisationen gelingen kann. Nicht die im wahrsten Sinne des Wortes unvermittelten Machtausinandersetzungen sollten die Welt prägen, sondern der durch das Völkerrecht vermittelte Interessenausgleich zwischen souveränen Staaten. Liberale Außenpolitik orientiere sich am Ideal der Nüchternheit und Sachlichkeit. Wer anderen Gesichtsverluste beibringen will, erreicht weder Wandel noch Stabilität, sondern provoziert nur eines: Rachegefühle. Deshalb streiten Freie Demokraten gegen irrationale Gespenster, blinde Ideologie und verantwortungslose Gesinnungspolitik. Hans-Dietrich Genschers Biograf, Hans-Dieter Heumann, ordnete und bewertete Genschers Rolle als „Vordenker des Multilateralismus“ in seinem Redebeitrag ein.

Um sich gezielt mit wirtschaftlichen Zukunftsfragen auseinanderzusetzen, diskutierten Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur im ersten „**economyLab**“ der Freien Demokraten am 21. September 2015 in Business Club Factory Berlin. Ziel der Veranstaltung war es, über den Tellerrand der Tagespolitik hinauszuschauen und zukünftige Trends und Herausforderungen für die Wirtschaft in Deutschland auszumachen. Teilnehmer der Diskussion waren Prof. Achim Wambach (Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln und Mitglied der Monopolkommission), Florian Nöll (Bundesverband Deutsche Startups e.V.), Udo Schloemer (Factory Works GmbH), Michael Silberberger (firma.de Firmenbaukasten AG) und Florian Rentsch (Vorsitzender BFA-Wirtschaft der Freien Demokraten).



Festveranstaltung anlässlich des 25jährigen Jubiläums des Zwei-plus-Vier-Vertrages mit Hans-Dietrich Genscher und Christian Lindner.

Am 22. September 2015 fand im Thomas-Dehler-Haus eine **Diskussionsveranstaltung zum Thema Kulturgutschutzgesetz** statt. Im Diskurs mit Vertretern aus der Politik und aus dem Kunsthandel wurden die kommenden Veränderungen des Gesetzes diskutiert. Zu den Podiumsteilnehmern gehörten: Isabel Pfeiffer-Poensgen (Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder), Prof. Dr. Markus Hilgert (Direktor des Vorderasiatischen Museums Stiftung Preußischer Kulturbesitz), Kristian Jamuchek (Vorsitzender des Bundesverbands Deutscher Galerien und Kunsthändler) und Dr. Hermann Otto Solms (Vorsitzender Deutsche Stiftung Eigentum und Bundesschatzmeister der FDP). Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit dem FDP-Landesverband Berlin vorbereitet und durchgeführt.

Für die Kampagne zur Hamburger Bürgerschaftswahl erhielten die Freien Deutschen Demokraten gemeinsam mit der Werbeagentur Heimat am 5. November 2015 den **Effie-Award** in Silber in der Kategorie Brand Activation. Den Preis nahmen Katja Suding und Dr. Marco Buschmann zusammen mit den Heimat-Geschäftsführern Matthias Storath und Andreas Mengele entgegen.

Am 8. November 2015 fand der **zweite Freiheitskonvent unter dem Thema „Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung“** im Thomas-Dehler-Haus statt. Unter Regie der Generalsekretärin Nicola Beer erarbeiteten Experten und Mitglieder ein umfassendes Digitalisierungskonzept zu E-Education, E-Mobility, E-Health, E-Government, Datenschutz und Datensicherheit als Grundlage für den Leitantrag zum Bundesparteitag 2016. Der Bundesvorsitzende Christian Lindner forderte in seiner Rede einen verstärkten Netzausbau, bessere digitale Bildung, stärkeren Datenschutz und eine Digitalisierung der Verwaltung. Zu Gast auf dem Konvent waren unter anderem Catharina van Delden (Gründerin und CEO innosabi), Frank Fitzek (Leiter 5G Lab Germany, Universität Dresden), Gisbert Rühl (CEO Klöckner & Co SE) und Johann-Dietrich Wörner (Generaldirektor der europäischen Weltraumorganisation ESA – European Space Agency). Andrew McAfee, Autor von "The Second Machine Age" und Co-Director der MIT Initiative on the Digital Economy, schaltete sich live aus den USA zu. In Fishbowl-Diskussionen vertieften die Experten und Teilnehmer das Thema Digitalisierung in verschiedenen Bereichen des Lebens.

Ursprünglich stand der Presseabend der Freien Demokraten am 16. November 2015 im Thomas-Dehler-Haus im Licht der Länderwende. Die Veranstaltung in Berlin wurde jedoch vom islamistisch motivierten Terroranschlag in Paris mit 130 Toten und 352 Verletzten am 13. November 2016

überschattet. Aus Zeichen der Solidarität setzte der Presseabend unter dem Motto **UNIS POUR LA LIBERTÉ** ein klares Zeichen für die Freiheit. In einer Gesprächsrunde stellten sich die drei Spitzenkandidaten Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Volker Wissing und Frank Sitta für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt vor.



Der Presseabend 2015 stand unter dem Motto „Unis Pour La Liberté“ (v.l.n.r.: Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Volker Wissing und Frank Sitta).

Am 30. November 2015 zeichnete „Politik & Kommunikation“ politische Persönlichkeiten und Projekte im Bereich der politischen Kommunikation mit dem **Politikaward** aus. Die Freien Demokraten erhielten in der Kategorie „Kampagne Politischer Sektor“ einen Award für „German Mut“, den der Bundesgeschäftsführer Dr. Marco Buschmann zusammen mit der Werbeagentur Heimat entgegennahm.

Auf Initiative des Bundesvorsitzenden Christian Lindner schlossen sich zahlreiche Vertreter aus der Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft zusammen, um die Freien Demokraten auf ihrem Weg zurück in den Bundestag zu unterstützen. Mit dem im November 2015 neu gegründeten **Wirtschaftsforum** sollen politische und wirtschaftliche Entwicklungen aus liberaler Perspektive diskutiert werden. Ziel ist es, der Wirtschaft Vorrang vor dem Eingreifen des Staates zu geben und sich für eine stärkere Förderung von Bildung und Innovation in Deutschland einzusetzen. Die Mitglieder des Wirtschaftsforums unterstützen die Freien Demokraten mit ihrer Sachkunde und ihrem guten Namen.

Als Ort für Gespräche und Ereignisse wurde am 7. Dezember 2015 der **FREIRAUM** in Berlin mit Wolfgang Kubicki, Nicola Beer und Frank Sitta eröffnet. Der FREIRAUM wurde ins Leben gerufen, um als Ort für Dialog, Austausch, Kreativität und Inspiration zu dienen – ein Anlaufpunkt für alle, die wissen möchten, was das Angebot der Freien Demokraten ausmacht. In Lounge-Atmosphäre lernten zahlreiche Gäste die Freien Demokraten von einer lockeren Seite kennen. Der FREIRAUM lädt ein zum Querdenken, zum Diskutieren, zum Konzepte entwerfen und ermöglicht Gespräche für viele neue und kreative Impulse.

Bereits zum 70. Mal nach dem Zweiten Weltkrieg trafen sich Liberale bei der **Dreikönigskundgebung im Staatstheater Stuttgart**. Christian Lindner sprach vor rund 1.600 Besuchern vom Jahr der großen Chancen. Die aktuelle Politik genüge den Anforderungen der Zukunft nicht, weshalb es ein Deutschland-Update braucht. Dieses Update seien die Freien Demokraten. Im FREIRAUM in Berlin gab es ein **Public Viewing**. In geselliger Atmosphäre verfolgten die Gäste dem Livestream der Kundgebung.



Dreikönigstreffen 2016 in Stuttgart: Frank Sitta, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Nicola Beer, Christian Lindner, Michael Theurer und Dr. Volker Wissing (v.l.n.r.).

Am 25. Januar 2016 kam das **Wirtschaftsforum** im Ottobock Science Center Berlin zusammen. Das vom Wirtschaftsforum entwickelte Thesenpapier „Mehr Mut und Lust auf Zukunft für Deutschland“ legte Schwerpunkte auf die beste Bildung der Welt und auf eine Innovations-, Gründer- und Unternehmerkultur, gerade mit Blick auf wichtige Zukunftsbranchen.

Durch die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung steht jeder Bürger unter Generalverdacht. Gegen diese schleichende Aushöhlung der Privatsphäre reichten die Freien Demokraten am 27. Januar 2016 eine **Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung in Karlsruhe** ein.

In entspannter Lounge-Atmosphäre kamen am 24. Februar 2016 Mitglieder, Verbändevertreter und Netzwerker im Rahmen eines „**Afterwork**“ im FREIRAUM zusammen. Gesprächspartner von Seiten der Freien Demokraten waren Dr. Volker Wissing und Katja Suding. Eine weiterer Afterwork fand im Juni 2016 mit Nicola Beer und Michael Theurer statt.

Chancenkultur und Innovationen sind ein zentrales Anliegen der Freien Demokraten. Auf **der Diskussionsveranstaltung „Update für Deutschland“** besprachen Dr. Volker Wissing, Ex-Topmanager Thomas Sattelberger, „Fox and Sheep“-Gründerin Verena Pausder und Innovationsmanager Klaus Griesar im Atrium des Thomas-Dehler-Hauses die Vorbedingungen für Innovationen in Deutschland. Das Gelingen revolutionärer Ideen und das Gestalten der Digitalisierung der Wirtschaft kann nach Ansicht aller Teilnehmern nur mit Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in die beste Bildung geleistet werden. Dafür bedarf es optimaler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen.

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt am 13. März 2016 haben die Freien Demokraten für einen Politikwechsel gekämpft. Die **Länderwende** war geglückt. Mit Dr. Hans-Ulrich Rülke erreichten die Freien Demokraten 8,3 Prozent, Dr. Volker Wissing gelang der Wiedereinzug mit 6,2 Prozent. Frank Sitta fehlten am Ende nur knapp 1700 Stimmen zum Einzug in den Landtag in Sachsen-Anhalt. Die FDP Rheinland-Pfalz ist nun Teil der Landesregierung in einer Regierungskoalition mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die FDP Rheinland-Pfalz stellt mit Dr. Volker Wissing den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau. Herbert Mertin übernahm das Ministerium der Justiz.

Nach den Erfolgen in Hamburg und Bremen unterstützen wiederholt Freie Demokraten aus ganz Deutschland beim Wahlkampf in den Ländern. So beteiligten sich die Landesverbände und der Bundesverband inhaltlich, finanziell und personell. Der **Aktionstag in Magdeburg** machte diese Unterstützung für alle sichtbar. Zum Abschluss der Landtagswahlkämpfe in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und in Sachsen-Anhalt luden die Freien Demokraten in Berlin zum **Wahlabend** ins Thomas-Dehler-Haus ein.

Der **67. Ordentliche Bundesparteitag** der Freien Demokraten stand am 23. und 24. April 2016 in Berlin unter dem Motto „Beta Republik Deutschland“. Die Beta-Version ist ein Stadium bei der Entwicklung neuer Software, die noch Tests durchläuft. Deutschland würde es auch gut tun, einfach mehr Neues zu testen. Mehr auszuprobieren, ohne immer gleich perfekt sein zu müssen. Denn es steht außer Frage: Neue Technologien verändern die Welt. Die Freien Demokraten möchten die Chancen der Digitalisierung nutzen. In Bildung, Wirtschaft, Verwaltung. Ohne Angst. Ohne Zögern. In seine Rede zeigte Christian Lindner die ungenutzten Potenziale Deutschlands auf. Es gelte nun, Neues zu wagen und die Gegenwart zur Zukunft zu machen. Sinnbildlich dafür stand die Beta Republik, die die Digitalisierung als Chance versteht und sich mit Mut und Optimismus an Aufgaben und Herausforderungen ausprobiert statt krampfhaft zu versuchen, an der „guten alten Zeit“ festzuhalten. Am zweiten Tag des Parteitages wurde über den Leitantrag **„Chancen der digitalen Gesellschaft“** sowie über eine Vielzahl weiterer Anträge beraten. Der Leitantrag wurde von den Delegierten mit großer Mehrheit verabschiedet. Am Rande des Bundesparteitages fand am 23. April 2016 auch ein FDP-Neumitgliedertreffen statt, zu welchem 2.343 Einladungen verschickt wurden.



Nicola Beer auf dem 67. Ordentlichen Bundesparteitag in Berlin.

Im Jahr 2016 nahmen die Freien Demokraten schmerzlich Abschied: Nach dem langjährigen Bundesgeschäftsführer **Hans-Jürgen Beerfeltz** verstarben mit **Hans-Dietrich Genscher**, **Dr. Guido Westerwelle** und **Walter Scheel** drei große Liberale, die die Freien Demokraten entscheidend prägten. Anlässlich des Todes von Jürgen Beerfeltz lud das Thomas-Dehler-Haus zu einer Gedenkveranstaltung ein. Gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und der Westerwelle-Foundation luden die Freien Demokraten Freunde und Weggefährten von Dr. Guido Westerwelle zu einer Gedenkveranstaltung ins Auswärtige Amt ein. Mit Staatsakten nahm Deutschland von Hans-Dietrich Genscher und Walter Scheel Abschied.

Am 25. April 2016 erhielt **Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann** den **ALDE LeaDeR Award 2016** in der Kategorie „Achievement in Government“. Mit diesem Preis zeichnen die ALDE Party und die ALDE-Gruppe im Ausschuss der Regionen im Europäischen Parlament Persönlichkeiten für besonderes politisches Engagement auf regionaler Ebene aus.

Die Mitglieder von Präsidium und Bundesvorstand halten regelmäßig Kontakt zu Verbänden, Unternehmen und Netzwerken. Etabliert hat sich das **politische Frühstück** mit Vertretern von Verbänden, zu dem Nicola Beer regelmäßig einlädt. So auch im Vorfeld des Bundesparteitages und im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahl mit dem Berliner Spitzenkandidaten Sebastian Czaja.

In einer ersten Onlinebefragung im Juni 2016 stimmten die Mitglieder über relevante Themen zum **Bundestagswahlprogramm 2017** ab und brachten selbst Vorschläge ein. Dabei diskutierten, kommentierten und ergänzten die Mitglieder die mehr als 200 politischen Forderungen. Im Anschluss begann das Thomas-Dehler-Haus zusammen mit der Programmkommission unter Einbeziehung der Zuarbeit der Bundesfachausschüsse erste flexible Textbausteine zu entwerfen. Zu den Mitgliedern der Programmkommission, die von Nicola Beer geleitet wurde, gehörten Björn Försterling, Dr. Heiner Garg, Manuel Höferlin, Lydia Hüskens, Michael Kauch, Konstantin Kuhle, Michael Link, Gesine Meisner, Christof Rasche, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Lencke Steiner, Johannes Vogel, Dr. Volker Wissing und für das Thomas-Dehler-Haus Dr. Marco Buschmann. Bei einer zweiten **Online-Umfrage** konnten die Mitglieder erneut über für sie wichtige Themen abstimmen. An der Umfrage für das Parteiprogramm beteiligten sich mehr als 10.000 Mitglieder. Die Befragung machte deutlich, dass viele Mitglieder gegen die Schweigespirale ankämpfen und mit privatem Bekenntnis zur Partei „Bekennenmut“ zeigen. Auf dem 3. Freiheitskonvent diskutierten Mitglieder und Experten fachliche Forderungen des Bundestagswahlprogramms. Die Ergebnisse flossen in einen Entwurf ein, der über die Jahreswende in einer **öffentlichen Beteiligungsphase mit Mitgliedern, Bürgern und Zivilgesellschaft** diskutiert wurde. Über „meine-freiheit.de“ wurde eingeladen, die jeweiligen Module zu kommentieren, zu Liken oder Disliken sowie Änderungsanträge zu stellen. Knapp 2.300 Mal wurden Programmpunkte kommentiert und es gingen etwa 18.000 Bewertungen ein. Es wurden circa 300 Änderungsanträge im Programm gestellt. Die Programmkommission bewertete die Rückmeldungen und erstellte in Zusammenarbeit mit den Bundesfachausschüssen und dem Thomas-Dehler-Haus den Programmentwurf „Schauen wir nicht länger zu“, der vom Bundesvorstand in drei Sitzungen als Leitantrag für den Bundesparteitag beraten und beschlossen wurde.

Nach dem Referendum zum **Brexit** in Großbritannien im Juni 2016 sorgten die Freien Demokraten im Netz für Aufmerksamkeit: Ein Laster mit der Aufschrift „**Dear start-ups, keep calm and move to Berlin**“ fuhr durch London und erzeugte sowohl in sozialen Medien als auch in der internationalen Berichterstattung großes Aufsehen: 60.000 Shares, 200 Millionen Media Impressions und sechs Millionen Euro in Earned Media.



Ein Laster mit der Aufschrift „Dear start-ups, keep calm and move to Berlin“ fuhr für einen Tag durch London.

Im August 2016 war es soweit: Aus der „**elde**“ wurde „**fdplus**“. Das Mitgliedermagazin der Freien Demokraten präsentiert sich in einem frischen Gewand. Das Magazin ist sowohl als Online-Version als auch über eine eigene App abrufbar. Das Magazin enthält informative Berichte zu aktuellen politischen Themen aus liberaler Perspektive. Im Berichtszeitraum sind neun Ausgaben erschienen.

Bei der **Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern** am 4. September 2016 konnte die FDP unter Führung der Spitzenkandidatin Cécile Bonnet-Weidhofer mehr Zweitstimmen als bei der vorherigen Landtagswahl erzielen, es reichte aber nicht für den Einzug ins Landesparlament. Am bundesweiten **Aktionstag** in Schwerin unterstützen Freie Demokraten aus ganz Deutschland die Liberalen im Norden.

Am 18. September 2016 fand im Thomas-Dehler-Haus ein Wahlabend zum Abschluss des Wahlkampfes der **Berliner Abgeordnetenwahl** statt. Der Berliner FDP gelang mit 12 Abgeordneten der Wiedereinzug ins Berliner Abgeordnetenhaus, 33 Kandidaten ziehen als Bezirksverordnete in Berliner Rathäuser ein.

Beim 2. Treffen des **Wirtschaftsforums** Anfang November 2016 kamen bereits rund 80 Spitzenvertreter der deutschen Wirtschaft zusammen, um mit anzupacken und die Freien Demokraten bei ihrem Einsatz für eine zukunftsorientierte Politik mit sachkundigem Rat und Leidenschaft zur Seite zu stehen.

Der **3. Freiheitskonvent** im Thomas-Dehler-Haus am 13. November 2016 stand unter dem Motto „Deutschland wie es sein könnte“. Nach einem Impuls von Christian Lindner, sprachen in einer Diskussionsrunde Nicola Beer, Jan Fleischhauer (Journalist und Autor), Martina Koederitz (Vorsitzende der Geschäftsführung der IBM Deutschland GmbH), Michael Georg Link (Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte), Katja Urbatsch (Geschäftsführerin von ArbeiterKind.de), Oliver Zander (Hauptgeschäftsführer Gesamtmetall e.V.) und Prof. Dr. Daniel Zimmer (Direktor des Instituts für Handels- und Wirtschaftsrecht der Universität Bonn) über Herausforderungen und Chancen für die Bundesrepublik. In Werkstätten zu den Leitbildmotiven diskutierten Mitglieder über mögliche Inhalte des Bundestagswahlprogramms. Der Freiheitskonvent wurde live in Netz übertragen, was in der Spitze 10.000 Menschen verfolgten.

Am 24. November 2016 zeichnete die Zeitschrift „Politik & Kommunikation“ erneut die Freien Demokraten beim **Politikaward 2016** aus. Christian Lindner wurde als Politiker des Jahres geehrt. Den Award für die beste virale Aktion gewannen die Freien Demokraten für „Dear start-ups, keep calm and move to Berlin“. Weiteren Grund zur Freude gab der Preis für die Agentur Heimat in der Kategorie „Agentur des Jahres“.



L2K – Luksic, Lindner, Kubicki: das Motto für den Presseabend im Thomas-Dehler-Haus.

Der **Presseabend der Freien Demokraten** am 12. Dezember 2016 im Thomas-Dehler-Haus stand unter dem Motto „2017 beginnt schon am 12.12“. Mit einem Ausblick auf das Jahr 2017, in dem der Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag gelingen soll, starteten die Spitzenkandidaten der Länder Oliver Luksic, Christian Lindner und Wolfgang Kubicki in den Abend.

Am 20. Dezember 2016 feierten die Freien Demokraten den **80. Geburtstag** von **Dr. Klaus Kinkel** mit einem Empfang im Berliner Maritim Hotel. Dabei würdigten zahlreiche politische Weggefährten seine Verdienste um Deutschland und Europa. Redner waren der Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und Christian Lindner.

Am 6. Januar 2017 starteten die Freien Demokraten in das Wahljahr 2017 mit der **Dreikönigskundgebung in Stuttgart** unter dem Motto „Bereit für 2017“. In seiner Rede richtete Christian Lindner den Fokus der Politik auf die Mitte der Gesellschaft. Um die Zukunftsfähigkeit des Landes für die nachkommenden Generationen zu erhalten, sind weltbeste Bildung und der Ausbau der Digitalisierung in Deutschland notwendig. Mit Oliver Luksic und Wolfgang Kubicki stellten sich außerdem die Spitzenkandidaten der Freien Demokraten bei den Landtagswahlen im Saarland und Schleswig-Holstein vor.

Am 23. Januar 2017 gründete sich das **Gesellschaftsforum** der Freien Demokraten. Vertreter aus Wissenschaft, Kultur, Medien und Sport beraten die Freien Demokraten mit Blick auf eine freie und innovative Gesellschaft. An der Gründungsveranstaltung im Soho House Berlin nahmen unter anderem Helmut Markwort (Medienmanager Focus), Bruno Eyron (Schauspieler), Prof. Dr. em. Rudolf Steinberg (Präsident Frankfurter Goethe Universität a. D.) und Dr. Reinhard Merkel (Rechtsphilosoph) teil. Die Schirmherrschaft übernahm Katja Suding.

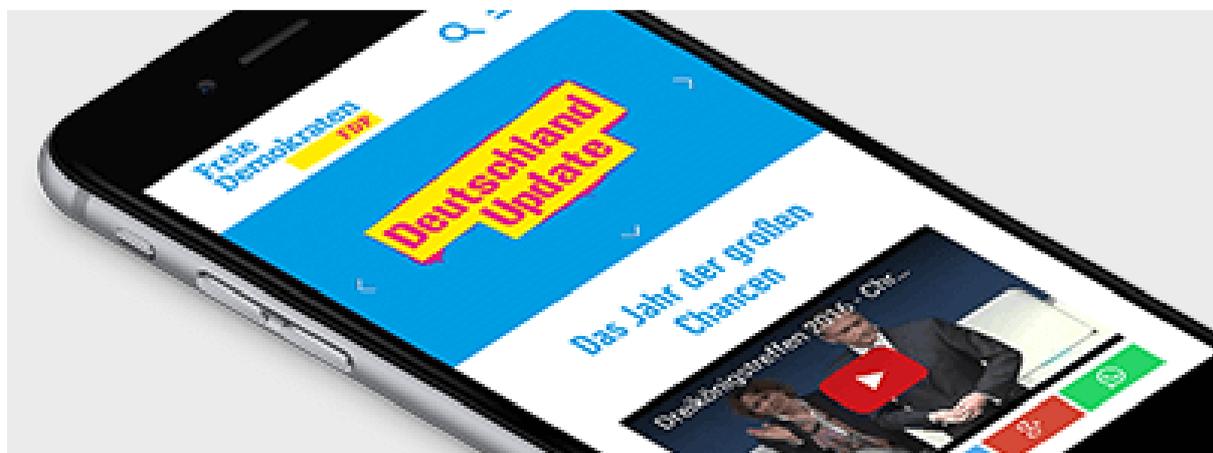
Bundespräsidentschaftskandidat Dr. Frank-Walter Steinmeier stellte sich am 23. Januar 2017 während eines **Kandidatenhearings** den Fragen des FDP-Bundesvorstands und der Mitglieder der Bundesversammlung. Christian Lindner sprach von einem „entspannten Ideenaustausch“, an dessen Ende die Entscheidung stand, Steinmeier bei der Wahl zum Bundespräsidenten am 12. Februar zu unterstützen. Die Freien Demokraten hätten sich zwar einen größeren Wettbewerb der Kandidaten gewünscht, begründeten die Entscheidung jedoch mit der staatspolitischen Verantwortung der Partei und setzten damit ein Zeichen für die Stabilität der politischen Kultur in Deutschland.

Am 12. Februar 2017 wurde Dr. Frank-Walter Steinmeier von der **Bundesversammlung** im ersten Wahlgang zum 12. Bundespräsidenten Deutschlands gewählt. Steinmeier tritt damit die Nachfolge von Joachim Gauck an. Die Freien Demokraten stellten 36 Wahlleute in der Bundesversammlung und unterstützten Steinmeier.

Der 13. März 2017 stand ganz im Zeichen Hans-Dietrich Genschers. Seine Verdienste als Staatsmann, Mensch und Liberaler waren knapp ein Jahr nach seinem Tod Anlass für die Umbenennung der Bundesgeschäftsstelle in **Hans-Dietrich-Genscher-Haus**. Wolfgang Ischinger, Dr. Klaus Kinkel, Christian Lindner und zahlreichen Gästen erinnerten an ihn im Rahmen einer Gedenkstunde.

Oliver Luksic und sein Team wollen das **Saarland** besser machen und haben für bessere Bildung, digitale Infrastruktur und mehr Optimismus gekämpft. Unterstützt wurden sie beim **Aktionstag** in Saarbrücken durch Freie Demokraten aus dem ganzen Bundesgebiet. Am 26. März konnten die Freien Demokraten im Saarland das Wahlergebnis gegenüber der letzten Landtagswahl zwar fast verdreifachen, für den Einzug in den Landtag reichte es aber leider nicht.

Die Bundesgeschäftsstelle stellte im Berichtszeitraum schrittweise das Erscheinungsbild der Freien Demokraten auf das neue „Corporate Design“ um. **FDP.de** und **CL.de** erhielten in Zusammenarbeit mit der Werbeagentur Heimat und der Digitalagentur Universum einen Relaunch. Es folgten optische Updates des Erscheinungsbildes von Pressemitteilung und Freibrief. In den sozialen Medien folgen den Freien Demokraten auf **Twitter** mittlerweile mehr als 160.000 Follower. Die **Facebook**-Reichweite, d.h. Reaktionen auf Beiträge, Likes und geteilte Inhalte, belaufen sich auf ungefähr 700.000 Personen. Festes Ziel ist hier eine weitere Steigerung. Seit März 2017 besteht außerdem die Möglichkeit, über **FDPush** aktuelle Meldungen der Partei im Facebook-Messenger zu erhalten. Auf **Twitter** betreiben die Freien Demokraten das Tool „**FDPShots**“. Zu derzeit ca. 100 wichtigen Stichworten, die man an das Tool twittern kann („@fdpslots [Stichwort]“), erhält man dann unmittelbar eine Antwort in ca. 120 Zeichen. Das Instrument richtet sich an noch recht uninformierte Wähler, um diesen einen ersten Eindruck zu vermitteln. Die Stichwortliste wird iterativ erweitert.



Exemplarisches Darstellung des neues, frischen und modernen FDP-Auftritts.

In wenigen Monaten steht die Schicksalswahl der Freien Demokraten an. Die Vorbereitungen auf den Bundestageswahlkampf und die Kampagne laufen kontinuierlich. Die Sensibilisierung aller Kandidaten und Wahlkämpfer für **Fortbildung und Professionalisierung** im persönlichen kommunikativen Auftritt ist dabei nur ein Schwerpunkt. Ebenso sind die Sicherstellung der Großflächenpräsenz und die **Präsenz der Kandidaten und Verbände im Internet** auf der Tagesordnung. Die Bundespartei hat den Landesverbänden **ca. 2.500 mobile Großflächenplakate und ca. 500 gewerbliche Großflächen kostenfrei** zur Verfügung gestellt. Alle Bundestagskandidaten sollen zudem mit einem professionellen Angebot im Internet vertreten sein. Dazu stellt die Bundesgeschäftsstelle in Zusammenarbeit mit der Universum AG allen Kandidatinnen und Kandidaten ein einfaches Werkzeug zur Verfügung, mit dem diese ihre eigene „Landingpage“ konfigurieren und aktivieren können. Dabei handelt es sich um einen modern gestalteten **One-Page-Auftritt**, der auf kleinen wie großen Bildschirmen Eindruck macht und leicht zu benutzen ist.

Der **effiziente Einsatz von Wahlkampfmaßnahmen** setzt voraus, dass die Freien Demokraten wissen, wo sie ihre Wähler finden (Targeting). Ansonsten drohen unnötige Streuverluste. Das wäre Verschwendung von Teilen des Wahlkampfbudgets. Targeting setzt Daten voraus, denn es lässt sich nur mit Informationen über die Zielgruppe durchführen. Zur Klarstellung sei hier angemerkt, dass die Freien Demokraten Targeting **nur auf der Basis aggregierter und anonymisierter Daten** vornehmen. Personenbezogenes „micro targeting“ betreiben wir als Datenschutzpartei nicht. Die Bundesgeschäftsstelle arbeitet am Aufbau eines Dienstes, der Informationen zu allen Wahlkreisen (historisches Wahlverhalten, soziodemografische Informationen etc.) mit Geo-Daten verknüpft. Mit dem Dienst „FDPmaps“ können die Untergliederungen Targeting vor Ort einsetzen.

Im Wahljahr ist auch wieder mit einer Flut an Anfragen durch Verbände in Form der sogenannten **Wahlprüfsteine** zu rechnen. Häufig werden inhaltlich sehr ähnliche Wahlprüfsteine sowohl von verschiedenen Verbänden als auch an verschiedene Gliederungen der Freien Demokraten gerichtet. Um Doppelarbeit zu vermeiden und einen effizienten Workflow sicherzustellen, bereitet die Bundesgeschäftsstelle eine **Online-Plattform** vor, über die die Beantwortung der Wahlprüfsteine durch die Geschäftsstellen in Bund- und Ländern koordiniert werden kann. Diese Plattform bietet auch die Möglichkeit, den Einsatz freiwilliger Kräfte bei der Beantwortung von Wahlprüfsteinen zu koordinieren.

## Präsidium und Bundesvorstand

Insgesamt trat das Präsidium zu 18 Sitzungen sowie zu drei Klausurtagungen zusammen. 2015 fanden Präsidiumsgespräche mit dem Verband der Chemischen Industrie, mit dem Bundesverband Freier Berufe, dem Zentralrat der Juden, in 2016 mit dem Markenverband, mit dem Verband der Familienunternehmer und in 2017 mit der BASF statt.

Der Bundesvorstand trat zu 14 Sitzungen, dem Kandidatenhearing mit Dr. Frank Walter Steinmeier sowie zu zwei Klausursitzungen ebenfalls im Regelfall im Thomas-Dehler-Haus zusammen.

Dem Bundesvorstand gehörten von Mai 2015 bis April 2017 an:

### Präsidium:

Walter Scheel	Ehrevorsitzender (verstorben 24. August 2016)
Hans-Dietrich Genscher	Ehrevorsitzender (verstorben 31. März 2016)
Christian Lindner	Bundevorsitzender
Wolfgang Kubicki	stellv. Bundevorsitzender
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann	stellv. Bundevorsitzende
Katja Suding	stellv. Bundevorsitzende
Dr. Hermann Otto Solms	Bundesschatzmeister
Nicola Beer	Generalsekretärin
Michael Theurer	Beisitzer
Dr. Volker Wissing	Beisitzer
Holger Zastrow	Beisitzer
Alexander Graf Lambsdorff	Vertreter der Europafraktion
Christian Dürr	Vorsitzender der Fraktionsvorsitzendenkonferenz
Dr. Marco Buschmann	Bundesgeschäftsführer
Dr. Wolfgang Gerhardt	Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Walter Eschweiler	Bevollmächtigter des Bundesschatzmeisters



Das Präsidium auf dem 66. Ord. Bundesparteitag in Berlin.

### Bundeschluss:

Axel Graf Bülow  
 René Domke  
 Christian Dürr  
 Dr. Marcus Faber  
 Otto Fricke  
 Daniel Föst  
 Heinrich Garg  
 Alexander Hahn  
 Dr. Gero Hocker  
 Prof. Dr. Hauke Hilz  
 Thomas L. Kemmrich  
 Pascal Kober  
 Konstantin Kuhle  
 Michael Link  
 Oliver Luksic  
 Patrick Meinhardt  
 Gesine Meißner

Dr. h. c. Hans-Joachim Otto  
 Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Heinz Paqué  
 Gisela Piltz  
 Alexander Pokorny  
 Dr. Andreas Reichel  
 Florian Rentsch  
 Dr. Stefan Ruppert  
 Daniela Schmitt  
 Jimmy Schulz  
 Mieke Senftleben  
 Dr. Joachim Stamp  
 Lencke Steiner  
 Alexandra Thein  
 Linda Teuteberg  
 Johannes Vogel  
 Claas Voigt  
 Roland Werner

### Kooptierte Mitglieder:

Wolfram Dette	(bis Dezember 2015)
Detlef Parr	(seit Mai 2015)
Judith Pirscher	(seit Mai 2015)
Florian Philipp Ott	(seit Mai 2015)
Johannes Dahlheimer	(seit Januar 2016)

### Ständige Gäste:

Sebastian Czaja	(von März 2016 bis September 2016)
Dr. Stefan Birkner	(seit Mai 2015)
Cecilé Bonnet-Weidhofer	(von Dezember 2015 bis September 2016)
Albert Duin	(seit Mai 2015)
Manfred Eisenbach	(seit Mai 2015)
Katja Grosch	(seit Dezember 2016)
Franka Hitzing	(bis September 2015)
Prof. Dr. Frank Hoffmeister	(seit Januar 2017)
Manuel Höferlin	(seit Mai 2015)
Markus Löning	(seit Mai 2015)
Sascha Lucas	(bis August 2015)
Dr. Ellen Madeker	(bis Dezember 2016)
Sibylle Meister	(seit April 2016)
Dr. Hans-Ulrich Rülke	(von Juni 2015 bis März 2016)
Steffen Saebisch	(seit Mai 2015)
Alexander Schopf	(von August 2015 bis Januar 2016)



Tagung des Bundesvorstandes im Hans-Dietrich-Genscher-Haus (Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Marco Buschmann, Nicola Beer, Christian Lindner, Wolfgang Kubicki und Katja Suding (v.l.n.r.).

## Wahlprüfungsausschuss

Der Wahlprüfungsausschuss prüft gemäß § 12 Absatz 3 der Bundessatzung die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung des Bundesparteitages. Weiter prüft er vor Beginn des Parteitages die Zahl und Stimmberechtigung der Delegierten der Landesverbände anhand der Protokolle über die Wahlen der Delegierten und der geprüften Unterlagen über die Mitgliederzahlen.

Der Wahlprüfungsausschuss hat diese Prüfung vor dem 66. Ordentlichen Bundesparteitag in Berlin und dem 67. Ordentlichen Bundesparteitag in Berlin vorgenommen und keine Beanstandungen festgestellt.

Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses waren:

Carsten Biesok	Vorsitzender
Otto Fricke	Mitglied
Bodo Chemnitz	Mitglied
Katja Hessel	Mitglied
Ernst Eggers	Mitglied
Dr. Gero Hocker	Mitglied
Friedrich Ohnesorge	Stellvertretendes Mitglied
Roland Eibold	Stellvertretendes Mitglied
Michael Reichelt	Stellvertretendes Mitglied
Gabriele Molitor	Stellvertretendes Mitglied
Gabriele Heise	Stellvertretendes Mitglied

## Bundessatzungsausschuss

Vorsitz: Michael Reichelt

Geschäftsführer: Dr. Thomas Hahn

Beim Bundessatzungsausschuss kam es zu Beginn des Berichtszeitraums zum Stabwechsel: Nach der Rekordamtszeit von 28 Jahren schieden Thomas Taeglichbeck als Vorsitzender und Bodo Chemnitz als Stellvertreter aus dem Gremium aus. Zu Nachfolgern wählte der 66. Ord. Bundesparteitag Michael Reichelt aus Sachsen-Anhalt (Vorsitzender) und Patrick Arora aus Niedersachsen (Stellvertreter). In neuer Zusammensetzung nahm der Bundessatzungsausschuss zum 1. Januar 2016 seine Arbeit auf.

Der Bundessatzungsausschuss hat die Aufgabe, den Bundesvorstand, das Bundesschiedsgericht, die Landesvorstände, die Landesschiedsgerichte und die Landessatzungsausschüsse bei Rechtsfragen zu beraten, insbesondere wie Bestimmungen der Bundes- oder Landessatzung auszulegen oder ob Landessatzungsregelungen mit der Bundessatzung vereinbar sind.

In diesem Zusammenhang befasste sich der Bundessatzungsausschuss u.a. mit Ladungsfragen, die sich durch die Nutzung moderner Kommunikationsmittel ergeben, mit einem Leitfadens zur Aufstellung der Bundestagskandidaten, der satzungskonformen Beendigung der Mitgliedschaft wegen unterlassener Beitragszahlung (§ 5a Bundessatzung) und den Anforderungen an Beitragsordnungen der Gliederungen (§ 8 Abs. 2 Satz 6 Finanz- und Beitragsordnung).

Zu den herausgehobenen Projekten der zurückliegenden zwei Jahre zählten die Erarbeitung von Verfahrensordnungen für elektronische Abstimmungen (§ 16a Geschäftsordnung zur Bundessatzung) sowie für Mitgliederentscheide und Mitgliederbefragungen (§§ 21 Abs. 8, 21a Abs. 6 Bundessatzung) und eines satzungsrechtlichen Leitfadens für das Bundesparteitagspräsidium. Zudem wurde mit einer Themensammlung für eine mögliche Aktualisierung der Bundessatzung auf dem 69. Ord. Bundesparteitag im Jahr 2018 begonnen.

Regelmäßig wiederkehrende Aufgaben des Bundessatzungsausschusses sind zudem die Stellungnahme zu Anträgen auf Änderung der Bundessatzung und die Begründung seines Votums im Bundesvorstand und auf dem Bundesparteitag.

## Bundesschiedsgericht

Präsidentin: Mechthild Dyckmans

Geschäftsführer: Dr. Thomas Hahn

Seit Beginn der Amtszeit des Bundesschiedsgerichts sind mit Dr. Paul Becker, Hinrich Budelmann und Wolf-Dieter Keller drei langjährige, verdiente Mitglieder verstorben. Zudem ist Ingrid Brand-Hückstedt durch ihre Wahl in den Landesvorstand Schleswig-Holstein ausgeschieden. An deren Stelle wählte der 67. Ord. Bundesparteitag Karin Hannappel, Rainer Funke, Harald Range und Manuel Schütt neu in das Bundesschiedsgericht, die diesem nun als stellvertretende Beisitzer angehören.

Das Bundesschiedsgericht ist u. a. zuständig für Beschwerden gegen Entscheidungen der Landesschiedsgerichte, die Anfechtung von Wahlen durch Organe der Bundespartei oder Streitigkeiten der Bundespartei mit einzelnen Mitgliedern. Seine Tätigkeit beruht auf § 14 Abs. 1 Parteiengesetz, nach dem zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten der Partei oder eines Gebietsverbandes mit einzelnen Mitgliedern und Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung der Satzung Schiedsgerichte zu bilden sind.

Im Berichtszeitraum hatte das Bundesschiedsgericht über 15 Beschwerden zu entscheiden. Sechs Verfahren konnten bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts (März 2017) abgeschlossen werden, neun, im Jahr 2017 neu eingegangene Verfahren sind noch anhängig. Acht Beschwerdeverfahren kamen aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen, vier aus dem Landesverband Berlin und je ein Verfahren aus den Landesverbänden Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg.

Gegenstand der Beschwerden waren u. a. die Vereinbarkeit von Bestimmungen in Landessatzungen mit der Bundessatzung, Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder sowie die Überprüfung der Auflösung von Ortsverbänden. Mehrere Beschwerden richteten sich gegen Wahlen und Beschlüsse in Parteigliederungen sowie die Rechtmäßigkeit von Landesvorstandswahlen. Mehrfach war zudem über die Ablehnung von Richtern eines Landesschiedsgerichts wegen Befangenheit zu entscheiden. Soweit einzelne Aspekte der Verfahren von allgemeinem Interesse waren, wurde darüber in der Mitgliederzeitung berichtet.

Mechthild Dyckmans und Dr. Hermann Frehse vertraten die FDP ferner auf einem Treffen der obersten Schiedsgerichte der Parteien, bei dem der parteiübergreifende Austausch über die schiedsgerichtliche Praxis im Mittelpunkt stand. Ein darauf aufbauendes Forschungsvorhaben des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRuF) zur Rechtssetzung der Parteigerichte wird vom Bundesschiedsgericht unterstützt. Ein Gespräch mit dem Bundessatzungsausschuss diente ebenfalls dem Erfahrungsaustausch sowie der Diskussion möglicher Satzungsanpassungen, z. B. bei der Nachwahl zum Bundesschiedsgericht.

## Haushalts- und Finanzkommission

Vorsitz: Dr. Hermann Otto Solms

Gemäß § 2 der Finanz- und Beitragsordnung des Bundesverbandes wählt der Bundesvorstand für die Dauer seiner Amtszeit eine Haushalts- und Finanzkommission. Sie besteht aus mindestens fünf und höchstens elf Mitgliedern. Der Bundesschatzmeister ist kraft seines Amtes zugleich Vorsitzender dieser Kommission. Die Kommission tagte unter dem Vorsitz des Bundesschatzmeisters, Dr. Hermann Otto Solms, am 7. Dezember 2015 und am 12. Dezember 2016 in Berlin. Gegenstand der Beratungen waren die aktuelle und mittelfristige Finanzplanung 2016 bis 2018, insbesondere die Vorbereitung der Finanzierung der Bundestagswahl. Mitglieder der vom Bundesvorstand gewählten Kommission in der Berichtsperiode waren: Rainer Brüderle, Otto Fricke, Christian Grascha, Dr. Klaus von Lindeiner, Michael Georg Link und Marion Vogdt.

## Sitzungen der Hauptgeschäftsführer

Vorsitz: Dr. Marco Buschmann

Die Hauptgeschäftsführer der Freien Demokraten treffen sich regelmäßig zu vier Sitzungen im Jahr. Sie dienen der Fortbildung und dem gegenseitigen Austausch, um die Schlagkraft der Gesamtpartei zu erhöhen. Erfahrungsberichte zielen darauf ab, voneinander zu lernen und die personellen und kreativen Ressourcen der einzelnen Landesverbände optimal für ein gutes Gesamtergebnis der Freien Demokraten zu nutzen. Die Agenda der Sitzungen umfasst dabei stets einen Lagebericht der aktuellen politischen Situation auf landes- und bundespolitischer Ebene sowie einen Ausblick auf anstehende Projekte.

Im Mittelpunkt der letzten Sitzungen standen dabei folgende Themen:

- Techniken der Strategie-Planung
- Rechtliche Fragen
  - bei Kandidatenaufstellungen zur Bundestagswahl,
  - zur Verwendung von Bildmaterial,
  - des Direkt-Marketings und
  - der rechtssicheren Ladung mittels elektronischer Medien
- Digitalisierung von Prozessabläufen wie etwa
  - technikgestützte Medienanalysen
  - digitales Management von Großflächen
  - Einwerbung von Kleinspenden inkl. Reduktion der entsprechenden Transaktionskosten für die Gesamtpartei
- Nutzung von Social Media für die politische Kommunikation.

Über diese Themen hinaus dient die Hauptgeschäftsführertagung der Identifikation von „Best Practice“-Beispielen, die sich in einem Landesverband bewährt haben und von anderen Landesverbänden übernommen werden können. So präsentierte etwa

- der Landesverband Bayern, wie sich mit Powerpoint ohne Agentur oder zusätzliches Personal schnell und einfach professionelle Facebook-Kacheln erstellen lassen sowie den Einsatz von Online-Werbung,
- der Landesverband Berlin, welche Instrumente sich in der Social Media-Kommunikation besonders im Wahlkampf bewährt haben,
- der Landesverband Hessen die Umstellung seiner Mitgliederzeitschrift auf ein modernes Debattenmagazin und
- der Landesverband Thüringen, wie sich das Format eines Wirtschaftsforums auch erfolgreich auf Ebene der Landesverbände nutzen lässt.

Die Runde koordiniert darüber hinaus ganz praktische Fragen zur Umsetzung des Ziels „Jeder Wahlkampf ist ein Wahlkampf der Gesamtpartei“, sie bereitet Schatzmeistertagungen vor und gibt Rückmeldungen über die Wirkung von Maßnahmen der Bundespartei in den Landesverbänden.

## Libérale Internationale (LI) und ALDE (Partei)

### LI-Schatzmeister: Manfred Eisenbach

Zur Begegnung der Herausforderungen liberaler Demokratien starteten auf Anregung von LI-Präsident Juli Minoves Triquell Liberal International und ALDE-Partei vor drei Jahren einen intensiven Diskussionsprozess unter dem Leitgedanken „Reclaiming Liberalism in the 21st Century“. Nach einer Serie von Symposien und Konferenzen legte eine international besetzte Arbeitsgruppe von liberalen Persönlichkeiten unter Vorsitz von Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué den zweiten überarbeiteten Entwurf eines „Liberal Manifesto 2017“ vor, das am 10. April 2017 in Oxford anlässlich des 70-jährigen Bestehens der Liberal International und der Verabschiedung der Oxforder Erklärung von 1947 der Öffentlichkeit vorgestellt und auf dem nächsten LI-Kongress vom 18. - 21. Mai 2017 in Andorra verabschiedet wird. Darin werden Herausforderungen und Antworten beschrieben, die den Liberalen essenziell erscheinen, um die Meinungsführerschaft im politischen Diskurs zurückzugewinnen und Wahlen erfolgreich zu bestehen – so wie es Christian Lindner im Twitter-Tweet vom 29. Dezember 2016 auf den Punkt brachte: „Wenn die Welt verrückt geworden ist, doch mal was Vernünftiges wählen.“

Vor dieser Entscheidung stehen in dem europäischen Superwahljahr 2017 die Wahlberechtigten zumindest in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland. Angesichts der Brexit-Entscheidung, der immer noch nicht ausgestandenen Folgen der Finanzkrise und der ausgeprägten Wachstumsschwäche mit hoher Arbeitslosigkeit in der EU, der blutigen Krisenherden in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas, der Bedrohung durch Daesh, der Flüchtlingsvölkerwanderung und nicht zuletzt der tiefgreifenden politischen Veränderungen in den USA nach dem Wechsel der Administration sieht sich die EU einer Vielzahl von politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen ersten Ranges konfrontiert, für die es keine schnellen Patentlösungen gibt. Gerade weil die Handlungsfähigkeit der EU zunehmend in Zweifel gezogen wird und die politische Mitte von populistischen, radikalen und nationalistischen Ränder von links und rechts verstärkt unter Druck kommt, fühlt sich die ALDE-Partei nach wie vor ihrem Wahlkampfeslogan von 2014 für ein Europa, das funktioniert, verpflichtet. Mit pragmatischen und freiheitlichen Antworten kämpft sie für den Fortbestand des Friedensprojekts Europa und mit freiheitlichen, pragmatischen Antworten für eine offene, demokratische europäische Zivilgesellschaft, die mit der EU den Anspruch verbindet, werteverpflichtet, reformorientiert und wettbewerbsstark weiterhin zu den Gestaltungsmächten zu gehören.

Entsprechend dieser Zielrichtung bezog die ALDE-Partei auf ihren Jahreskongressen 2015 in Budapest zu Terrorismus, Flüchtlingskrise, Klimawandel, TTIP und zur Situation in Irak, Syrien und Ukraine Stellung. Der Jahreskongress Anfang Dezember 2016 in Warschau wurde stark von Themen wie den Folgen des Brexit-Referendums in Großbritannien, dem Schutz der Demokratie in der Ukraine und der sicherheitspolitischen Frage der EU-NATO- Verteidigungskooperation bestimmt. Außerdem wurde dort einstimmig ein neues Delegiertenberechnungs- und Beitragssystem verabschiedet, das von einer Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Manfred R. Eisenbach erarbeitet wurde. Auf dem Jahreskongress in Ungarn stand überdies nach einem engagierten Wahlkampf zwischen Hans van Baalen und Siim Kallas ein Stabwechsel an: Der holländische VVD-Europaabgeordnete Hans van Baalen wurde mit eindeutiger Mehrheit als Nachfolger von Sir Graham Watson (LibDems/UK) zum neuen ALDE-Parteipräsidenten gewählt. Auch auf deutscher Seite gab es eine Veränderung: Markus Löning folgte Alexander Graf Lambsdorff als ALDE-Vizepräsident mit dem besten Wahlergebnis.

Im Zentrum des 60. LI-Kongresses im Herbst 2015 in Mexiko-Stadt standen die Themen Drogenpolitik, Arbeitsmigration, die Rechte der Asylsuchenden und die Pariser Klimakonferenz COP 21. Markus Löning wurde als LI-Vizepräsident für seine dritte und statutengemäß letzte Amtszeit bestätigt. Manfred R. Eisenbach wurde erstmalig und ebenfalls einstimmig zum LI-Schatzmeister gewählt. Das LI-Exekutivkomitee in Tiflis im Mai 2016 hatte insbesondere die geopolitische Lage

Georgiens und sicherheitspolitische Fragen (Russland, Türkei, Daesh, Cybersicherheit) im Blick. Das Exekutivkomitee im November 2016 fand im Kontext des Klimagipfels COP 22 in Marrakesch statt.

Das LI Human Rights Committee unter Leitung des vormaligen Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Markus Löning, hat sich für die laufende Amtsperiode vier Schwerpunktthemen gesetzt: Rechte der Frauen und gesellschaftliche Partizipation, LGTBI, Schutzverantwortung der Staaten („Responsibility to Protect“) und Glaubensfreiheit. Im Dezember 2016 widmete sich das Komitee in seiner jährlichen Konferenz zum Tag der Menschenrechte der Glaubensfreiheit in Zeiten der Radikalisierung. Damit verbunden waren der Besuch der Brüsseler „Problemgemeinde“ Molenbeek und eine Diskussion mit der Bürgermeisterin und Vertretern der Zivilgesellschaft. Im Dezember 2015 legte die Konferenz Ihren Schwerpunkt auf die Problematik der völkerrechtlichen Schutzverantwortung anlässlich des 10-jährigen Jubiläums ihrer Anerkennung durch die UNO. Das LI-Menschenrechtskomitee verabschiedete auf der LI-Exekutivsitung in Marrakesch „Zehn Grundrechte von Beschuldigten und Angeklagten bei Strafverfahren“, die von den deutschen Liberalen auf der Basis einer Ausarbeitung von Rechtsanwalt Dr. Markus Engler vorgeschlagen wurde.

Der Prize for Freedom der Liberal International wurde auf Vorschlag von FDP und DGLI 2015 an den Konfliktforscher und LI-Ehrenpräsidenten Lord John Alderdice und 2016 dem inhaftierten saudi-arabischen liberalen Menschenrechtsaktivisten und Blogger Raif Sadawi verliehen.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué wird auf dem nächsten LI-Kongress als stellvertretender Vize-Präsidenten der LI antreten.

Beschlossene Resolutionen und weitere Einzelheiten können unter [www.liberal-international.org](http://www.liberal-international.org) bzw. [www.aldeparty.eu](http://www.aldeparty.eu) abgerufen werden.



Die Europa-Liberalen stellten sich den Fragen der Delegierten und Gäste des 67. Ordentlichen Bundesparteitages.

## ALDE (Fraktion)

Vorsitz der deutschen Gruppe: Alexander Graf Lambsdorff

Die Fraktion „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“ (ALDE) ist mit aktuell 68 Mitgliedern weiterhin viertstärkste Kraft im Europäischen Parlament. Die Fraktion hat bei der letzten Europawahl vor allem in den bevölkerungsreichen Staaten der EU wie Großbritannien, Italien und Deutschland Verluste hinnehmen müssen. Gleichzeitig ist es aber gelungen, neue Parteien in die Fraktion aufzunehmen, darunter Mitglieder aus der Tschechischen Republik, Spanien und Österreich.

Zur Hälfte der Legislaturperiode standen im Europäischen Parlament im Januar 2017 alle wichtigen Positionen erneut zur Wahl, darunter der Präsident, die Vizepräsidenten und die Ausschussvorsitzenden. Im Mittelpunkt stand dabei die Wahl des Parlamentspräsidenten, die durch den Bruch der Vereinbarung zwischen Christ- und Sozialdemokraten zu einem offenen Wettbewerb wurde. Nach einem langen und spannenden Wahlkampf, dessen Ausgang im Gegensatz zu den früheren EU-Präsidentschaftswahlen bis zum Ende offen blieb, konnte sich Antonio Tajani von den europäischen Christdemokraten durchsetzen. Ausschlaggebend für die Wahl von Tajani war die Entscheidung der ALDE, ein „offenes, konstruktives und proeuropäisches Bündnis“ mit der Europäischen Volkspartei zu schließen, das sich für die Reform Europas einsetzen würde. Diese Vereinbarung enthält wichtige liberale Anliegen. Darunter fallen die Stärkung der Rechtsstaatskontrolle und der europäischen Verteidigungsunion, die Schaffung eines europäischen Nachrichtendienstes sowie die Stärkung des Freihandels. Auch in der Flüchtlingspolitik hat man sich auf liberale Kernforderungen verständigt.

Alexander Graf Lambsdorff wurde im Zuge des sogenannten „Mid-Terms“ als Vizepräsident des Europäischen Parlaments wiedergewählt. In dieser Funktion ist er zuständig für Demokratie und Menschenrechte sowie die Beziehungen zu Unternehmensverbänden. In der Ausschussarbeit widmet sich Graf Lambsdorff dem internationalen Handel sowie auswärtigen Angelegenheiten, insbesondere dem Verhältnis zur Türkei und den Handelsbeziehungen zu Japan und China.

Auch über das Amt des Vizepräsidenten hinaus stellt die FDP weiterhin eine schlagkräftige Delegation. Michael Theurer ist Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu Australien und Neuseeland und hat als Co-Berichtersteller im Sonderausschuss zur Aufarbeitung der Steueraffäre „Luxleaks“ wichtige Arbeit geleistet. Schließlich ist es ein wichtiges liberales Anliegen, unfaire Steuerpraktiken und politische Verantwortlichkeiten aufzuklären sowie Transparenz, Steuergerechtigkeit und faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Denn aus Sicht der Freien Demokraten muss es selbstverständlich sein, dass international agierende Konzerne ihre Steuern genauso entrichten wie jeder Mittelständler, Familienunternehmer und Bürger.

Die Delegation vervollständigt Gesine Meissner, Obfrau der Fraktion im Verkehrsausschuss und Vizepräsidentin der Europäischen Liberalen Frauen. Zudem vertritt sie liberale Interessen in den für die FDP zentralen Ausschüssen für Industrie und Umwelt. Dort setzt sich Gesine Meissner besonders dafür ein, dass auch die Voraussetzungen Beachtung finden, unter denen die europäische Wirtschaft noch profitabel arbeiten kann. Denn gerade kleine und mittelständische Unternehmen haben mit umfangreichen EU-Vorschriften zu kämpfen und benötigen dringend Entlastung.

## FDP-Landesverband LV Net

Vorsitz: Manuel Höferlin

Der FDP LV Net wurde im Jahr 2000 aufgrund eines Beschlusses des Bundesparteitages gegründet. Er ist als „Internet-Landesverband“ für diejenigen ein Zugang zu den Freien Demokraten, die sich im Ausland aufhalten oder nicht örtlich gebunden sind und dennoch an der Willensbildung der Partei mitwirken wollen. Neben bundesunmittelbaren Mitgliedern und Mitgliedern im Ausland engagieren sich Mitglieder im Internet-Landesverband, die sich aufgrund von Familienphase, beruflicher Mobilität, ungewöhnlichen Arbeitszeiten oder anderen persönlichen Gründen orts- und zeitunabhängig an der Parteiarbeit beteiligen wollen und es sonst nicht könnten.

Die Mitgliederzahl des FDP LV Net liegt bei etwa 600. Vorsitzender ist seit 2010 Manuel Höferlin. Weitere Vorstandsmitglieder sind Gregor von Rosen und Matthias Steppuhn als Stellvertreter, Ralf van Doorn als Datenschutzmeister und John Endres als Schatzmeister.

Seit Mitte 2010 ist der Verband in der Lage, konventionelle Parteitage vollständig digital im Netz abzubilden und die eigenen Versammlungen exakt in dieser Form abzuhalten. Dies geschieht einmal im Jahr, der Parteitag dauert etwa 14 Tage. Anträge werden nacheinander in erster, zweiter und dritter Lesung behandelt. Über die Anträge kann mithilfe eines Tools geheim abgestimmt werden, auch Geschäftsordnungsanträge sind möglich. Bei der Wahl des Vorstands findet zwingend eine geheime Abstimmung statt. Seit dem 63. Bundesparteitag der FDP im April 2012 in Karlsruhe hat der LV Net Antragsrecht zu Bundesparteitagen, außerdem haben die Mitglieder des Vorstands jetzt dort Rederecht.

Obwohl der Name es vermuten lässt, befasst sich der LV Net nicht ausschließlich mit Themen der Netzpolitik, sondern mit allen politischen Bereichen. Der wesentliche Unterschied ist vor allem die örtliche und zeitliche Unabhängigkeit der Mitglieder. So wurden in der Vergangenheit Beschlüsse zu ACTA, dem Urheberrecht, aber auch zum europäischen Stabilitätsmechanismus, zur Ganztagsbetreuung und zur Kranken- und Rentenversicherung gefasst. Die Beschlüsse sind auf der Website des Verbandes unter [lvnet.fdp.de](http://lvnet.fdp.de) zu finden.

Darüber hinaus möchte der LV Net auch Treiber der technischen Entwicklung für die FDP insgesamt sein. Derzeit wird intern darüber diskutiert, wie parteiliche Zusammenarbeit der Zukunft aussehen kann. Die ersten Versuche mit neuen „Tools“ finden derzeit statt und werden von den Mitgliedern getestet. Erfolgreiche Modelle können dann von der Bundespartei oder Gliederungen übernommen werden. Der FDP LV Net als virtueller Verband ist ein Praxisbeispiel für E-Demokratie.

## FDP-Bürgerfonds

Vorsitz: Dr. Hermann Otto Solms

Der FDP-Bürgerfonds ist eine Arbeitseinheit des Bundesschatzmeisters. Zielsetzung der Aktivitäten des Bürgerfonds ist die Akquisition von Spenden jeder Größenordnung.

Erfolgreich startete der FDP-Bürgerfonds während der Geschäftsperiode zum zweiten Mal in 2015 mit einem exklusiven Mittagessen im Anschluss an die traditionelle Dreikönigskundgebung in Stuttgart. Hier konnten sowohl die Teilnehmer, als auch die Spendenbeträge stetig sowohl in 2016 als auch in 2017 gesteigert werden.

Das traditionelle zentrale Fundraising-Dinner am 30. April 2015 fand als Spreefahrt statt. Trotz schlechten Wetters bekamen die Gäste bei guter Laune einen exklusiven Einblick auf die aktuellen Planungen der Werbekampagne von der Agentur Heimat. Begrüßt wurden die 120 Gäste durch den Bundesvorsitzenden Christian Lindner, die Generalsekretärin Nicola Beer und den Bundesschatzmeister Dr. Hermann Otto Solms. Um auch immer wieder neue Erlebnisse für die Gäste des Bürgerfonds zu schaffen, fiel die Wahl als Veranstaltungsort 2016 auf das Soho House Berlin. Auch an diesem Abend konnten der Bundesvorsitzende, die Generalsekretärin und der Bundesschatzmeister mehr als rund 130 Gäste begrüßen. Erfreulich war dabei auch, dass an diesen beiden Abenden Spendeneinnahmen von rund 140.000 Euro bzw. 180.000 Euro erzielt wurden.

Zudem hat der FDP-Bürgerfonds sowohl in 2015 als auch in 2016 und 2017 in den jeweils wahlkampf führenden Landesverbänden begleitende Veranstaltungen durchgeführt. So haben unter anderem in Bremen, Hamburg, Düsseldorf, Berlin, Köln und Saarbrücken Veranstaltungen des FDP-Bürgerfonds stattgefunden. Dabei ist es auch gelungen, sowohl neue Gastgeber als auch Gäste aus Wirtschaft und Kultur für die FDP zu gewinnen.

Der FDP-Bürgerfonds wird auch in den nächsten Monaten weiter gemeinsam mit den wahlkampf führenden Landesverbänden und der Bundespartei Veranstaltungen durchführen, um Spenden und Unterstützung in Form von neuen Netzwerken für die FDP zu akquirieren.

## Liberaler Parteiservice

Vorsitzender des LiPS-Beirates: Dr. Marco Buschmann

Geschäftsführender Koordinator: Karl-Heinz Rübesamen

Die Arbeit des Liberalen Parteiservice (LiPS) professionalisiert die Parteiarbeit auf allen Ebenen und entlastet die ehrenamtlichen Funktionsträger von administrativen Aufgaben. Der Schwerpunkt der Tätigkeit von LiPS liegt im Bereich der Finanzdienstleistungen. Mit LiPS legt die Partei jährlich einen Rechenschaftsbericht vor, in dem alle Gliederungen der Partei lückenlos erfasst sind. LiPS bearbeitet auch die Buchhaltung der meisten Landesverbände und ist zuständig für die Erstellung des konsolidierten Rechenschaftsberichts der Bundespartei und der Landesverbände.

Im Berichtszeitraum musste ein Update auf die neueste Version von Microsoft Dynamics Nav eingespielt werden, weil das Ende des Supports für die bisherige Version absehbar war. Das bedeutete einen erheblichen Aufwand an Programmierung, weil die Anforderungen der Partei entsprechend den Bestimmungen des Parteiengesetzes und der Satzungen an die Software von der Standardlösung nicht abgedeckt werden. Inzwischen sind die bei unserem Dienstleister entstandenen Schwierigkeiten behoben.

Über die Buchhaltung und Rechenschaftslegung hinaus bietet LiPS den Gliederungen über ein Funktionsträgerportal eine vollständige Mitglieder- und Beitragsverwaltung an. Mit der jetzt installierten neuesten Version der Software ist die Beitragsverwaltung vor allem für Schatzmeister ohne Buchhaltungskennnisse wesentlich einfacher und komfortabler geworden.

Alle Buchhaltungsbelege werden seit 2011 bei der Verbuchung automatisch originalersetzend digitalisiert. Dadurch haben alle Gliederungen der Partei über das Funktionsträgerportal jederzeit Zugriff auf die verbuchten Belege. Diese Funktion erleichtert die Rechnungsprüfung in den Gliederungen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit von LiPS ist die Ausstattung der Landesgeschäftsstellen mit moderner Informationstechnologie. Damit ist sichergestellt, dass ein EDV-Verbund der Landesverbände mit der Bundespartei erhalten bleibt und auch finanziell weniger gut ausgestattete Landesverbände über Arbeitsmittel nach dem neuesten Stand der Technik verfügen können. Die gesamte EDV-Technik wird in diesem Jahr vor Beginn des Bundestagswahlkampfes erneuert. Damit ist die Partei nicht nur programmatisch und personell, sondern auch organisatorisch für diese Auseinandersetzung gut gerüstet.

Die kostenlose Beratung aller Gliederungen in Rechts- und Satzungsfragen gehört ebenfalls zu den Serviceleistungen durch LiPS. Diese Aufgabe wird von Christian Graf Dohna wahrgenommen.

Landesverbände, die vorübergehend nicht im Landesparlament vertreten sind, werden im Wahlkampf finanziell unterstützt. Entsprechende Mittel werden in den jährlichen Haushalt von LiPS eingestellt. Dabei gilt die Vereinbarung, dass die Mittel zurückzuzahlen sind, wenn der Wiedereinzug in das Parlament gelingt.

Für finanzschwache Landesverbände wurde ein Solidarfonds eingerichtet, um ein Mindestmaß an Organisationsstruktur zu erhalten, das für den Wiedereinzug in die Parlamente unabdingbar ist. Die Beantragung durch die betroffenen Landesverbände erfolgt jährlich unter Vorlage eines Haushaltsplanes und einer mittelfristigen Finanzplanung.

Ein Erfolgsmodell ist auch die innerparteiliche Liquiditätshilfe zwischen den einzelnen Gliederungen unter Steuerung durch LiPS. Gliederungen mit Bankguthaben stützen damit solche mit Liquiditätsengpässen. Auf diese Weise werden erhebliche Kreditkosten gespart.

Die Kosten der gemeinsamen Aufgaben von LiPS werden je zur Hälfte von der Bundespartei und den Landesverbänden durch Vorwegabzug aus der auf Beitrags- und Spendenaufkommen errechneten staatlichen Teilfinanzierung getragen. Die Budgethoheit liegt bei der Landesschatzmeisterkonferenz, die über den jährlichen Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung von LiPS entscheidet.

Der Beirat des Liberalen Parteiservice entscheidet über das gemeinsame Dienstleistungs- und Service-Angebot von LiPS und bereitet die Beratung des Haushalts durch die Schatzmeisterkonferenz vor. Mitglieder des LiPS-Beirates sind der Bundesgeschäftsführer, der den Vorsitz führt, und die Hauptgeschäftsführer der Landesverbände. Der Beirat wählt einen Geschäftsführenden Koordinator. In der Berichtszeit wurde diese Aufgabe von Karl-Heinz Rübesamen wahrgenommen.

## 2 Programmarbeit

### BFA Internationale Politik

Vorsitz: Michael Link

Im Berichtszeitraum tagte der Bundesfachausschuss Internationale Politik an folgenden Tagen:

27. und 28. März 2015, in Düsseldorf:

Sitzung Fachgruppen-Leiter und BFA-Vorstand über Themenplanung sowie ein Vortrag in der Industrie und Handelskammer „Fortschritt durch Handel? Freihandelsabkommen in der Diskussion“. Bearbeitete Themen: Östliche Partnerschaften, Menschenrechtsverletzungen in Russland, IS, Flüchtlingsproblematik, TTIP, Russland-Ukraine-Konflikt, Europäische Armee? Textvorschläge für das Manifest zum BPT, OSZE – Programm für Zivilgesellschaft und Wahlbeobachtungen (Michael Link), Bericht aus Brüssel – u. a. über die Griechenland-Debatten (Graf Lambsdorff).

31. Oktober und 1. November 2015 in Wiesbaden:

Nicola Beer berichtete über europäische und internationale Grundsatzfragen und stellte das neue FDP-Leitbild vor. Alexander Graf Lambsdorff informierte über die aktuelle politische Lage der Europäischen Politik. Dr. Wolfgang Gerhardt informierte über die Neuauflage des Magazins LIBERAL, über die Einrichtung Liberaler Zirkel und über die politische Lage aus liberaler Sicht. Michael Link sprach ausführlich über die aktuelle politische Situation in der Ukraine.

Bearbeitete Themen: Strategische Planung von Al-Qaida, Kampfdrohnen der Bundeswehr, politische Lage in Russland, TTIP, Aktuelle Situation in der Ukraine, Wahlen in Belgien, Europapolitische Forderungen. Zusammenarbeit mit der Ethikkommission. Planung einer Sitzung in Brüssel mit Gesprächen mit den MdEPs und ein Besuch bei der NATO.

18. und 19. März 2016 in, Hannover:

Nicola Beer informierte über die aktuelle politische Lage. Aus Brüssel berichtete Gesine Meissner MdEP. Am Abend erfolgte ein Vortrag von Dr. Hans-Dieter Heumann (ehemaliger Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik) unter dem Titel „Europa als internationaler Akteur – wie geht es weiter?“. Diese Veranstaltung führte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit durch. Bearbeitete Themen: Auswirkungen eines möglichen Brexits auf die Flüchtlingspolitik; handlungsfähiges Europa in Flüchtlings- und Asylfragen; Fluggastdaten-Speicherung durch die USA; Bewaffnungsfähige Drohnen im Einsatz; Geschlechterdiskriminierung; Jugendarbeitslosigkeit in Europa; Transatlantische Beziehungen.

21. und 22. Oktober 2016 in Stuttgart:

Kursaal Bad Cannstatt: Vortrag von Prof. Dr. Matthias Fifka (stellv. Direktor des Deutsch-Amerikanischen Instituts in Nürnberg) „Bad Cannstatter Dialog – Donald oder Hillary?“ und Diskussion mit Michael Theurer, MdEP. Fachgruppenarbeit und Bericht aus Brüssel von Alexander Graf Lambsdorff MdEP, Grußadresse von Dr. Hans-Ulrich Rülke, Fraktionsvorsitzender. Bearbeitete Themen: Liberale Erfolge in Europa; Nationalisten und Rechtspopulisten überall in Europa; Möglichkeiten einer europäischen Verfassung; Weiterentwicklung des Europarates und der OSZE; Zukunft der Sanktionen gegen Russland; Positionierung des EU-Türkei-Abkommens; Entwicklung der Marktwirtschaft in China; Stärkung der menschenrechtlichen Institutionen; Digitalisierung für Entwicklungsländer; Bildung und Ausbildung in Entwicklungsländern; Zukunft der NATO; Modernisierung des Parlamentsvorbehalts; Vorbereitung von Anträgen zum BPT 2017.

10. und 11. Februar 2017, Berlin:

Prof. Dr. Volker Perthes (Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik) referierte über „Außen- und Sicherheitspolitik in Zeiten Trumps und Putins“. Alexander Graf Lambsdorff informierte über internationale Politik, gemeinsame Diskussion mit Michael Link. Über das Bundestagswahlprogramm berichtete Nicola Beer. Dr. Werner Hoyer (Präsident der Europäischen Investitionsbank) sprach über die Herausforderungen der Europapolitik.

Bearbeitete Themen: Europäische Armee; Reform des Sicherheitssektors; ausführliche Bearbeitung des internationalen Teils des Wahlprogramms in den Fachgruppen. Ausarbeitung von Anträgen zum BPT 2017: Wertorientierte Flüchtlingspolitik, Europäische Armee als Ziel, 10-Punkte-Papier für den Umgang mit Russland; Bekenntnis zur westlichen Wertegesellschaft Europa und USA; Entwicklung fördern durch Globalisierung, Freihandel und Digitalisierung.

## BFA Wirtschaft und Energie

Vorsitz: Florian Rentsch

Der Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie wird von Florian Rentsch als Vorsitzenden geleitet. Als Stellvertreter wurden Volker Thiel, Dr. Peter Altmiks und Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Heinz Paqué gewählt. Nach dem Ausscheiden von Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué wurde Dr. h.c. Thomas Sattelberger zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Als Unterausschüsse wurden eingesetzt: UA Wettbewerb und Ordnungspolitik (Vorsitz: Volker Thiel), UA Energie (Vorsitz: Michael vom Baur), UA Wirtschaft und Ethik (Vorsitz: Gerhard Dieterle) sowie UA Technologietransfer und Innovation (Vorsitz: Fritz Haugg, ab 2016 Dr. Gerhard Hansen).

Neben einer umfassenden Themensammlung beschloss der BFA zudem, seinen Tagungsrhythmus auf vier Sitzungen pro Jahr festzulegen. Die Tagungen finden regelmäßig bei Verbänden oder Unternehmen statt, die in die aktuelle politische Diskussion eingebunden werden sollen.

Am 20. und 21. März 2015 tagte der BFA in Karlsruhe und hatte Prof. Dr. Lars Feld, Mitglied des Sachverständigenrates, zu Gast. Schwerpunkte waren das SVR-Jahresgutachten sowie die Positionspapiere zur Rekommunalisierung und zur Energieeffizienz.



Intensive Arbeit des BFA Wirtschaft und Energie.

Am 12. und 13. Juni 2015 tagte der BFA bei Microsoft in Berlin. Schwerpunkte waren die Digitalisierung und der Breitbandausbau.

Am 25. und 26. September 2015 tagte der BFA in Hamburg und besuchte hier das Vattenfall Kraftwerk Moorburg. Im Mittelpunkt standen energiepolitische Fragen.

Die nächste Sitzung des BFA fand am 27. und 28. November 2015 im Thomas-Dehler-Haus in Berlin statt. Gemeinsam mit dem BFA Verkehr wurden Instrumente zur Verkürzung der Planungszeiten von Infrastrukturmaßnahmen erörtert. Weitere Schwerpunkte waren Gründerförderung und Start-Up-Finanzierung.

Am 18. und 19. März 2016 fand die Sitzung des BFA im SAP Innovation Center in Potsdam statt. Dazu wurden verschiedene Positionspapiere zur Digitalisierung und zum Wettbewerbsrecht beraten. Ein weiterer Schwerpunkt war die Vorstellung von Vernunftkraft e.V., Dachverband von Bürgerinitiativen zum Thema Energie und Windkraft.

Vom 10. bis 11. Juni 2016 tagte der BFA in München bei der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Im Mittelpunkt dieser Sitzung standen die Themen Digitalisierung und Tourismus und Instrumente der KMU-Förderung und außerdem das Thema Scheinselbständigkeit und Arbeitsmarkt.

Die BFA-Sitzung am 23. und 24. September 2016 fand in Berlin beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) statt. Gemeinsam mit dem Präsidenten des DSGV, Georg Fahrenschon, wurden finanzmarktpolitische Fragen, insbesondere in Hinblick auf Kreditvergabe besprochen. Im Anschluss diskutierte der BFA gemeinsam mit dem HGF des BDI, Dr. Markus Kerber, über Fragen der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Außerdem stand die Entwicklungszusammenarbeit im Fokus der Beratungen.

Am 25. und 26. November 2016 tagte der BFA ebenfalls in Berlin, in der EnBW-Repräsentanz. Thematische Schwerpunkte waren u.a. der Wettbewerb im Bereich von Briefdienstleistungen und der Ausbau der Breitbandinfrastruktur. Außerdem wurden Positionspapiere und die Module des Bundestagswahlprogramms 2017 umfassend diskutiert.

Die Sitzung des BFA am 27. und 28. Januar 2017 fand in München im Haus der Bayerischen Wirtschaft statt. Im Mittelpunkt stand hier die programmatische Arbeit mit Blick auf die Vorbereitung des Bundestagswahlprogramms.

## BFA Finanzen, Haushalt und Steuern

Vorsitz: Dr. Volker Wissing

Der Bundesfachausschuss Finanzen, Steuern und Haushalt traf sich zu insgesamt drei Sitzungen im März 2016 in Mainz, im November 2016 in Berlin und im Februar 2017 in Mainz, mit jeweils rund 30 Personen.

Gegenstand der Beratungen waren die Berichte der eingerichteten Arbeitsgruppen, die ihre Tagungen selbständig organisiert haben. Neben der Erarbeitung einer Positionierung zu aktuellen Gesetzgebungsverfahren des Bundes befasste sich der Bundesfachausschuss mit den überwiesenen Anträgen des Bundesparteitages und mit der Erarbeitung eigener steuerpolitischer Konzepte.

Auch die andauernde europäische Staatsverschuldungskrise und die damit verbundenen haushalts- und finanzpolitischen Herausforderungen wurden beraten und das jeweilige Meinungsbild durch den Vorsitzenden dem Bundespräsidium und dem Bundesvorstand berichtet. Gegenstand der letzten Sitzung war insbesondere eine fachliche Prüfung der Vorschläge für ein Bundestagswahlprogramm.

## BFA Landwirtschaft und Ernährung

Vorsitz: Dr. Christel Happach-Kasan

Der BFA Ernährung und Landwirtschaft hat im Berichtszeitraum drei Sitzungen durchgeführt: 12. und 13. Juni 2015 in Neuruppin/Berlin, 19. und 20. Februar 2016 Hannover und 20. und 21. Januar in Berlin.

Der Gutshof Hesterberg liegt im Norden von Berlin, hält Galloway Rinder, Legehennen, Weihnachtsgänse, produziert für den Lebensmittelhandel und für die Direktvermarktung. In den Beratungen war der Schwerpunkt die Durchführung des Antibiotikamonitorings in der Tiermast auf der Grundlage der 2013 vom Bundestag beschlossenen Novelle des Arzneimittelgesetzes und das Thema Wolf. Mit der insbesondere von der FDP vorangetriebenen Novelle des Arzneimittelgesetzes konnte die Verwendung von Antibiotika in der Tiermast halbiert werden.

Auf dem BFA in Hannover wurden für den Bundesparteitag sieben Anträge erarbeitet und beschlossen:

- Ernährungsbildung stärken,
- Wirtschaftskraft im ländlichen Raum stärken,
- Für ein praxisgerechtes Düngerecht, das die Umwelt zielgenau schützt und unnötige Bürokratie vermeidet,
- Jagdzeiten für Wildgänse zur Vermeidung übermäßiger Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen verlängern,
- Zulassungsverfahren für neue Kulturpflanzensorten an neue Entwicklungen anpassen,
- Bundesjagdrecht an neue Entwicklungen anpassen,
- MRSA und andere resistente Erreger wirkungsvoll begrenzen.

Der Bundesfachausschuss führt die „Ernährung“ im Titel und sieht insbesondere in der Ernährungsbildung einen wesentlichen Schwerpunkt liberaler Ernährungspolitik. Die Menschen sollen über genügend eigenes Wissen verfügen, um sich gesund ernähren zu können. Ein weiteres Anliegen ist die Umbenennung des Mindesthaltbarkeitsdatums (MdH) in „am besten bevor“ (abb), um ein Signal zu geben, dass Lebensmittel mit abgelaufenem MdH nicht weggeworfen werden müssen. Für die Pflanzenzüchtung sind neue Methoden entwickelt worden. Der BFA setzt sich dafür ein, dass Züchtungsunternehmen in Deutschland eine reale Chance erhalten, diese zu nutzen. Es gilt German Mut. Das Bundesjagdrecht sollte neueren Entwicklungen angepasst werden und um Tierarten wie den Wolf und den Kormoran ergänzt werden. Am 2. Sitzungstag stellte uns der Leiter des Lehr- und Versuchsguts Ruthe der Tierärztlichen Hochschule Hannover, Dr. Christian Sürle, die dortige Tierhaltung vor.

Die BFA-Sitzung in Berlin war insbesondere dem Bundestagswahlprogramm gewidmet, für das Änderungsanträge erarbeitet wurden. Gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Agrar der Fraktionsvorsitzendenkonferenz haben wir einen Brief an den Bundesvorsitzenden geschrieben, um auf die Bedeutung von Landwirtschaft und ländlichem Raum für die FDP aufmerksam zu machen. Mehrere Mitglieder nahmen an der Demo „Wir machen euch satt“ vor dem Hauptbahnhof teil. Auf der Grünen Woche haben wir folgende Stände besucht und Gespräche geführt: Bundesjagdverband, Forstwirtschaftsrat und Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Düngekalk-Hauptgemeinschaft, Bauernverband, Industrieverband Agrar, Wirtschaftliche Vereinigung Zucker, Bundesverband Deutscher Pflanzzüchter, Landfrauen, Bäckerhandwerk, Bundesinstitut für Risikobewertung.



Der BFA Landwirtschaft und Ernährung auf der Grünen Woche in Berlin.

## BFA Arbeit und Soziales

Vorsitz: Michael Kauch

Stellvertreterinnen und Stellvertreter: Mona Model, Dr. Elisabeth Preuß, Dirk-Heinrich Heuer

Der BFA Arbeit und Soziales hat im Berichtszeitraum siebenmal im Plenum getagt: am 12. Juli 2015 in Nürnberg sowie jeweils in Berlin am 18. Oktober 2015, 9. und 10. Januar 2016, 13. März 2016, 11. Juni 2016, 18. September 2016 und 10. Dezember 2016.

Neben dem Vorsitzenden gehören Mona Model, Dr. Elisabeth Preuß, Dirk-Heinrich Heuer als Stellvertreter der BFA-Leitung an.

Als Arbeitsgruppen haben getagt: AG Arbeitsmarktpolitik, AG Eingliederungshilfe und Inklusion, AG Schuldenbremse 2.0, AG Rente (gemeinsam mit Bundesvorstand), AG Kindergeld 2.0 (gemeinsam mit BFA Familie) und AG Diversity (gemeinsam mit BFA Familie).

Im Plenum wurde darüber hinaus über die Digitalisierung der Arbeitswelt und die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt beraten. Weitere Themen waren die Diskussion über ein Recht auf Home-Office und die Wechselwirkung zwischen Marktwirtschaft und Sozialpolitik.

Der Bundesfachausschuss hat dem Bundesparteitag 2016 folgende Anträge vorgelegt:

- Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren – für einen Neuanfang der Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose,
- Schuldenbremse 2.0 realisieren – Versicherungsfremde Leistungen aus den Sozialversicherungen ausgliedern,
- Arbeitnehmer-Freizügigkeit in der EU sichern, Missbrauch der sozialen Sicherung verhindern,
- Bundesteilhabegesetz - auch die Finanzierung muss gewährleistet werden,
- Für eine moderne Altersvorsorge (gemeinsam mit LV NRW),
- Kindergeld 2.0 – das Kind im Mittelpunkt (gemeinsam mit BFA Familie).

Mit Ausnahme des dann überholten Antrags zum Bundesteilhabegesetz sind alle Anträge entweder vom Bundesparteitag oder vom Bundesvorstand beschlossen worden.

Nach dem Bundesparteitag 2016 standen Zuarbeiten zum Bundestagswahlprogramm sowie die Rückkopplung mit den Ergebnissen der Programmkommission im Mittelpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses.

## BFA Gesundheit

Vorsitz: Prof. Dr. Elisabeth Pott

Die Sitzungen des Bundesfachausschusses Gesundheitspolitik fanden im Berichtszeitraum Mai 2015 bis April 2017 zu folgenden Terminen statt: 16. und 17. Oktober 2015 in Berlin, TDH, 26. und 27. Februar 2016 in Berlin, TDH, 24. und 25. Juni 2016 in Berlin, TDH, 14. und 15. Oktober 2016 in Berlin, Landesgeschäftsstelle LV Berlin und 17. und 18. Februar 2017 in Berlin, TDH.

Die Arbeit des BFA stand in diesem Zeitabschnitt im Zeichen der Mitwirkung an der Vorbereitung des Bundesparteitages am 23. und 24. April 2016 und an der Vorbereitung des Bundestagswahlprogramms. Die Schwerpunkt-/ Kernthemen in diesem Zusammenhang sind und waren:

- Digitalisierung im Gesundheitswesen,
- Demografischer Wandel,
- Ausbau und Sicherstellung medizinischer Versorgung auf dem Land.

Zum Thema Digitalisierung hat der BFA vor dem BPT am 23. und 24. April 2016 ein Positionspapier zur „Förderung freiwilliger digitaler Kommunikation und Anwendung im Gesundheitswesen“ erstellt und eingebracht.

Folgende Einzelanträge des BFA sind beim BPT am 23. und 24. April 2016 gestellt worden:

- Bekämpfung multiresistenter Keime,
- Pflege,
- Selbstbestimmt am Ende des Lebens.

Die Anträge wurden an den Bundesvorstand überwiesen und am 14. November 2016 dort beschlossen.

In allen Arbeitsbereichen hat sich der Ausschuss an den im Zusammenhang mit der Leitbilderstellung und Strategieentwicklung durchgeführten Untersuchungsergebnissen orientiert. Die Ansätze sollten lösungsorientiert statt nur „gegen“ etwas zu sein. Die Aussagen/Forderungen sollten laienverständlich und nicht nur für Funktionäre im Gesundheitswesen verständlich sein. Insgesamt sollte der Stellenwert, den die FDP der Gesundheitspolitik beimisst, unterstrichen werden.

Die Arbeitsweise des Ausschusses wurde dahingehend verändert, dass häufig zeitlich befristete Arbeitsgruppen zu Einzelthemen eingesetzt wurden. Kontinuierlich über den gesamten Zeitraum hat die Arbeitsgruppe Pflege gearbeitet. Im Jahr 2016 konnte ein umfassender Antrag „Pflege – Liberale Antworten auf eine demografische Herausforderung“ im BFA beschlossen und dem Bundesvorstand zugeleitet werden. Außerdem wurden die Landesfachausschüsse um engere Zusammenarbeit gebeten. Besonders engagiert haben sich die LFAs Bayern, Hamburg, Niedersachsen, NRW und Schleswig-Holstein eingebracht.

Zum Bundesparteitag vom 28. bis 30. April 2017 hat der BFA zwei Anträge vorbereitet und eingebracht:

- Für faire Rahmenbedingungen in der Versorgung mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln

Dieser Antrag ist vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils zur Rabattierung im Versandhandel zu sehen.

- Optimierung der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen

Vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher Vorgehensweisen in den Bundesländern hält der BFA eine abgestimmte fachlich begründete Meinung zum Verfahren für notwendig.

Für den modularen Aufbau des Bundestagswahlprogramms hat der BFA die Module zur Gesundheitspolitik formuliert, mit der Programmkommission abgestimmt und die Fassung, die nach der Debatte auf „meine-freiheit.de“ entstanden war, noch einmal auf fachliche Richtigkeit hin überprüft.

Der Ausschuss wird von der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann begleitet und unterstützt.

## BFA Justiz, Integration und Verbraucherschutz

Vorsitz: Dr. Matthias Schulenberg

Der Bundesfachausschuss Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz begreift sich als Fachberatungsgremium und Denkfabrik zur Vorbereitung von Beschlüssen der Gremien der Partei. Geleitet wird der Bundesfachausschuss von Dr. Matthias Schulenberg. Stellvertreter sind Dr. Torsten Brandt und Dr. Wilfried Bernhard.

Der Bundesfachausschuss arbeitet auf zweijährlichen Präsenzsitzungen sowie unterjährig in eingerichteten Unterausschüssen, ad hoc-Arbeitsgruppen oder durch Online-Abstimmungen und Stellungnahmen zu spezifischen Fragen.

Auf der Herbstsitzung am 6. und 7. November 2015 in Berlin beschäftigte sich der Bundesfachausschuss intensiv mit dem Thema „Technikoptimismus in einer digitalen Welt“ sowie mit einer digitalen Urheberrechtsordnung. Ein weiteres Schwerpunktthema war die Flüchtlingskrise und die Antworten, die die FDP auf diese geben sollte. Mit dem als Gast eingeladenen Präsidenten der Bundesrechtsanwaltskammer Ekkehart Schäfer diskutierte der BFA aktuelle Fragen des Ständerechts. Dabei bestand politisches Einvernehmen zur Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung und zur Verfassungswidrigkeit des insoweit fehlenden Schutzes für Rechtsanwälte als Berufsheimnisträger, zur gesetzlichen Verankerung des Verbots der Beteiligung Dritter an Rechtsanwaltskanzleien außerhalb der heute erlaubten Zusammenschlussstatbestände, zur Unterstützung der Rechtsanwälte in ihrem Kampf gegen Absichten und Pläne der EU-Kommission, die deutsche streitwertorientierte Gebührenordnung abzuschaffen sowie zur Schaffung einer Bereichsausnahme in der zukünftigen EU-DSGVO für Rechtsanwälte als Organe der Rechtspflege.

Anhand von überwiesenen Anträgen des Bundesparteitages sprach sich der BFA dafür aus, dass zukünftig auch die „sexuelle Identität“ eines Menschen durch das Diskriminierungsverbot des Artikels 3 Abs. 3 GG geschützt sein soll. Der BFA sprach sich weiter für Erleichterungen für Makler bei den Aufgaben der Geldwäschekontrolle aus. Auch sprach der BFA sich für die Einführung von flexibleren Altersgrenzen für Beamte aus. Schließlich sprach sich der BFA mit großer Mehrheit dafür aus, das externe Weisungsrecht der Bundesjustizverwaltung gegenüber dem Generalbundesanwalt und der Landesjustizverwaltung gegenüber den Staatsanwaltschaften abzuschaffen. In einem weiteren Beschluss sprach sich der BFA gegen die gesetzliche Einführung von (Polizei-) Body-Cams in den Polizeigesetzen der Länder aus. Im Strafrecht lehnte der BFA die Bestrebung ab, ein Fahrverbot als Hauptstrafe einzuführen.

Auf der Frühjahrssitzung am 26. und 27. Februar 2016 in Berlin wurden fünf kurze Thesen zur Entwicklung des Urheberrechts vorgestellt, die in einem Leitantrag des Bundesvorstandes inkorporiert wurden. Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Diskussion über ein neues Wahlsystem für die Bundestagswahl, das u.a. das Problem der Überhangmandate beseitigen und ein drohendes „Aufblähen des Bundestages“ verhindern soll.

Regierungspräsident Johannes Schmalzl schilderte in der Sitzung seine praktischen Erfahrungen und Schlussfolgerung aus der Arbeit eines Regierungspräsidenten bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Der BFA beschloss, prüfen zu wollen, ob die Aufgaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Wege der Bundesauftragsverwaltung auf die Länder verlagert werden könnten und sich der Bund auf das Setzen von einheitlichen Standards bei der Bescheidung beschränken könne. Außerdem sollte die Vorrangprüfung der Verfügbarkeit deutscher Arbeitskräfte für die Besetzung verfügbarer Arbeitsplätze generell für alle Berufsbilder abgeschafft werden.

Ein weiterer Diskussionspunkt lag in der Erörterung der Datenschutzgrundverordnung und des EU-USA Privacy Shield im Nachgang der Safe Harbor-Entscheidung des EuGHs.

Anhand der Ergebnisse der vom BMJV eingesetzten Expertenkommission zum Strafprozessrecht diskutierte der BFA über die Situation des Strafprozessrechts in der Bundesrepublik Deutschland und beschloss, dass sich die FDP für eine grundlegende Reform des Strafprozessrechts „aus einem Guss“ einsetzen solle.

Am 27. Februar 2016 beriet der BFA zusammen mit dem BFA Medien eine Endfassung des zum Bundesparteitag einzubringenden Antrages „Technikoptimismus in einer freundlichen Gesellschaftsordnung“. Zuvor hatten beide BFAs eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Vorarbeiten zu einem gemeinsamen Antrag geleistet hatte. Es gelang, zu diesem wichtigen Zukunftsthema einen umfassenden von beiden BFAs getragenen Antrag der FDP zu verabschieden und zum Bundesparteitag einzubringen. Der BFA beriet zudem aktuelle europarechtliche Entwicklungen, insbesondere zur geplanten Harmonisierung des „Online-Kaufrechtes“; zum einen zur Harmonisierung des Kaufs digitaler Güter und zum anderen zum Kauf physischer Güter, die über elektronische Plattformen oder Angebote erworben werden. Schließlich beschloss der BFA einen familienpolitischen Antrag zur Stärkung des Wechselmodells bei minderjährigen Trennungs- und Scheidungskindern. Der Antrag stellte einen Gegensatz zu einem Antrag des LV Hamburg zum Bundesparteitag dar, der das Wechselmodell als gesetzliches Regelmodell verankern wollte.

Auf Bitten des Bundesvorstandes veranstalteten der BFA Familie und der BFA Justiz in Berlin ein gemeinsames Hearing von Sachverständigen zum Thema „Wechselmodell“. Dabei nahmen der Richter am Kammergericht Berlin, Dr. Martin Menne, Prof. Dr. Hildegund Sünderhauf-Kravets (Evangelische Fachhochschule Nürnberg), Rechtsanwältin Eva Becker (Vorsitzende Arbeitsgemeinschaft Familienrecht Deutscher Anwaltverein) und Peter Thiel (systemischer Familientherapeut) Stellung. Aus dem Hearing entwickelten die beiden Vorsitzenden, Mieke Senftleben und Dr. Matthias Schulenberg eine gemeinsame Empfehlung an den Bundesvorstand zu einer Beschlussfassung über das Wechselmodell.

Bei einer Online-Abstimmung sprach sich der BFA hier mehrheitlich gegen die Einführung von Kinderrechten in das Grundgesetz aus. Der Bundesvorstand lehnte in der Folge einen dahinzielenden Antrag des BFA Familie, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen ab.

Auf der Herbstsitzung am 25. und 26. November 2016 beriet der BFA im Einzelnen die zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Textmodule für das Bundestagswahlprogramm und verabschiedete eine große Reihe und Vielfalt von Änderungsvorschlägen. Im Nachgang zum gemeinsamen Hearing mit dem BFA Familie zum „Wechselmodell“ wurde die gemeinsame Beschlussempfehlung aus dem von Frau Senftleben und Herr Dr. Schulenberg entwickelten Papier zur Abstimmung gestellt und als Kompromisslinie bestätigt.

Ferner legte die Arbeitsgruppe „Urheberrecht in der digitalen Welt“ einen Beschlussantrag für das Bundeswahlprogramm im Bereich Urheberrecht vor, der an den Bundesvorstand übermittelt wurde. Zugleich fasste der BFA den Beschluss, das von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Leistungsschutzrecht für Presseverleger in seiner vorliegenden Form abzulehnen.

Referent zum Thema „Marktordnung für die digitale Wirtschaft“ war Prof. Daniel Zimmer, ehemaliger Vorsitzender der Monopolkommission. Er erläuterte das wirtschaftliche Erfolgsmodell von Firmen wie Facebook und Google und die schwierigen Rahmenbedingungen für Fusionskontrolle und Marktmissbrauchskontrolle. Der BFA sprach sich mehrheitlich dafür aus, dass neben dem Datenschutzrecht auch das Kartellrecht stärker als ein Instrument eingesetzt werden sollte, um die Rechtmäßigkeit von AGB zu Datennutzung durch Plattformen zu überprüfen sowie dafür, dass bei

kartellrechtlichen Überprüfungsverfahren der EU-Kommission eine Fristenregelung eingeführt werden soll, mittels der zukünftig ein fester Zeitraum für eine mögliche Verhandlungslösung mit dem untersuchten Unternehmen definiert wird, nach Ablauf dieses Zeitraumes die EU-Kommission jedoch eine Sachentscheidung fällen muss.

Erneut widmete sich der BFA dem Thema „Fahrverbot als Strafe“ und fasste dabei den Beschluss, den vorliegenden Gesetzentwurf zur generellen Einführung der Möglichkeit der Verhängung eines Fahrverbots als Nebenstrafe aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen. Die Verhängung eines Fahrverbotes unter Aufgabe der Konnexität zwischen einer begangenen Straftat unter Benutzung eines Kraftfahrzeugs dürfe nicht aufgegeben werden. Die Verhängung eines Fahrverbots als Strafe treffe die Menschen individuell unterschiedlich hart und widerspreche dem Gerechtigkeitsgebot. Die FDP solle auch die Einführung von dreimonatigen Fahrverboten als Strafe im Jugendstrafrecht ablehnen. Der jetzige Referentenentwurf enthalte nur insoweit positive Elemente als er die Möglichkeit vorsehe, Fahrverbote auf die Dauer von bis zu sechs Monaten (heute nur drei Monate) zu verhängen sowie insoweit als der Beginn des Fahrverbots auf den Zeitpunkt von einem Monat nach Rechtskraft der Strafe verlegt werden soll.

Der BFA beriet umfassend über den Gesetzentwurf zur elektronischen Strafakte. Dabei stand er der Einführung der elektronischen Strafakte grundsätzlich positiv gegenüber. Allerdings müsse dafür gesorgt werden, dass möglichst bundeseinheitliche technische Verfahren und Standards eingesetzt werden, um die bundeseinheitliche Handhabung der elektronischen Strafakte durch die Akteure bei Gericht, bei Staatsanwaltschaften, auf Seiten der Beschuldigten und der Verteidiger zu gewährleisten. Auch der Zugriff der Nachrichtendienste auf elektronische Strafakten müsse unter Einhaltung rechtsstaatlicher Verfahrensregelungen restriktiv geregelt werden; Möglichkeiten der „Rastersuche“ für Staatsanwaltschaften und Nachrichtendienste müssten eingeschränkt werden. Der BFA sprach sich ausdrücklich dagegen aus, unverteidigten Beschuldigten ein unmittelbares elektronisches Einsichtsrecht in eine Ermittlungsakte zu gewähren und so die Gefahr zu begründen oder zu verstärken, dass Teile von Ermittlungsakten in das Internet gelangen; stattdessen sei zu regeln, dass Beschuldigten zum Zwecke der Einsichtnahme ein Rechtsanwalt beigeordnet werden kann, dem die Akteneinsicht dann zu gewähren sei.

Intensiv diskutiert wurde schließlich das Thema Reform des Sorgerechts im Bundestagswahlprogramm.

## BFA Bildung, Forschung und Technologie

Vorsitz: Patrick Meinhardt

Der Bundesfachausschuss Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie hat sich in den vergangenen zwei Jahren hochengagiert mit der Stärkung der Beruflichen Bildung in Deutschland, der Selbständigkeit von Schulen, der Autonomie von Hochschulen, der Gleichberechtigung der Förderung von staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen, der Finanzierung von Bildung in Deutschland, der steuerlichen Forschungsförderung, dem elternunabhängigen Bafög und einer Stipendienkultur in Deutschland auseinandergesetzt.

Die Förderung der Schüler, die allzu häufig verloren geht, lag dem BFA besonders am Herzen: 1,3 Millionen junge Menschen bis 29 Jahre ohne Ausbildungsabschluss und jährlich 50.000 Schüler, die ohne einen Abschluss ihre Schule verlassen, hat den BFA motiviert, hier individuellere Förderansätze zu diskutieren. Der BFA kümmerte sich um Maßnahmen im Kampf gegen den Analphabetismus in Deutschland, denn 7,5 Millionen funktionale Analphabeten sind ein gesellschaftspolitisches Warnzeichen.

Das Papier zur schnellen, zielgenauen Förderung von jungen Flüchtlingen in Deutschland, das der Bundesvorstand verabschiedet hat, stammt aus der Feder des BFAs, wie die meisten der Anträge und Änderungen zu Anträgen auf den Bundesparteitag.

Das alles war und ist nur möglich mit einem Top-Führungsteam: Herzlichen Dank an die Stellvertreter Josephine Dietzsch und Magnus Buhler und den Geschäftsführer des Ausschusses Volker Adams.

Um all diese programmatische Arbeit für jeden Fachbereich intensiv zu erörtern und für die Sitzungen vorzubereiten, hat der BFA vier Unterausschüsse eingerichtet und auch hier Teams gefunden, die für die Bildungs- und Innovationspolitik in Deutschland brennen:

- Unterausschuss Schule und frühkindliche Bildung unter Vorsitz von Christiane Brunk mit Elvis Ness und Dr. Annette Rotermund-Fritsche als Stellvertreter,
- Unterausschuss Berufliche Bildung und Lebenslanges Lernen mit Finn Brandt als Vorsitzendem und Matthia Specht-Habbel als Stellvertreterin,
- Unterausschuss Hochschule mit Matthias Büger als Vorsitzendem und Laura Wamprecht und Josephine Dietzsch als Stellvertreterinnen,
- Unterausschuss Forschung, Technologie und Innovation mit Clemens Köberle als Vorsitzendem und Arian Kriesch und Wolfram Kreisel als Stellvertreter.

## BFA Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Vorsitz: Horst Meierhofer

Der BFA Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit wird geleitet vom Vorsitzenden Horst Meierhofer und den drei Stellvertretern Gerhard Kier, Claus-Peter Appel und Gerhard Kolbecher. Zusätzlich haben wir den Unterausschuss Umwelt, geleitet von Leo Wacker, sowie den Unterausschuss Bau unter der Leitung von Sebastian Körber.

Unsere erste Sitzung im Zeitraum des Geschäftsberichtes fand am 20. und 21. Juni 2015 in Brüssel statt. Auf Einladung des stellvertretenden BFA-Vorsitzenden Claus-Peter Appel, der auch maßgeblich das Programm gestaltete, tagten wir in der hessischen Landesvertretung, am Vortag dank unserer Europaabgeordneten Gesine Meißner im Europäischen Parlament. Schwerpunktthemen waren der Europäische Emissionshandel, Klimaschutzpolitik, sowie europäische Bauthemen, mit Referenten der EU-Kommission und mehrerer Verbände.

Zur zweiten Sitzung traf sich der BFA am 20. und 21. November 2015 im Thomas-Dehler-Haus in Berlin zum Schwerpunktthema Naturschutz, als Referenten begrüßten wir Vertreter des NABU sowie eines Berliner Naturschutzverbandes.

Die dritte Sitzung (15. und 16. April 2016) wurde von Holger Ellerbrock vorbereitet und fand in Düsseldorf statt. Thematische Schwerpunkte waren am ersten Tag wohnungsbaupolitischen Themen mit Input des Ministeriums, mehrerer Fachakteure auf Landesebene (Haus & Grund, Architektenkammer, Wohnungs- und Immobilienwirtschaft) sowie eines großen Wohnungsunternehmens. Am zweiten Tag beschäftigten wir uns mit den Auswirkungen des Emissionshandels auf die produzierende Industrie am Beispiel ThyssenKrupp.

Die vierte Sitzung (27. und 28. Januar 2017) führte die Ausschussmitglieder nach Hannover und wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden Gerhard Kier und Ulla Ihnen organisiert. Diese Sitzung fand ohne externe Impulsgeber statt und konzentrierte sich beide Tage auf die Kommentierung und Ergänzung des Entwurfs des FDP-Wahlprogramms hinsichtlich bau- und umweltpolitischer Themen.

Für das Jahr 2017 wurden bereits zwei weitere Sitzungen des Bundesfachausschusses vorterminiert.

Der Unterausschuss Umwelt tagte in Berlin zu überwiesenen Anträgen des Bundesparteitages, der Unterausschuss Bau u.a. in Berlin, Mannheim, Dresden und Hannover zu Stadtentwicklung, zum ländlichen Raum, zu steigenden Miet- und Baupreisen und Wohneigentumsbildung, zu Bürokratieabbau und Landesentwicklung. Darüber hinaus wurden liberale Alleinstellungspositionen und Lösungsvorschläge für das Wahlprogramm erarbeitet.

## BFA Medien, Internet und digitale Agenda

Vorsitz: Dr. h. c. Hans-Joachim Otto

Der Bundesfachausschuss Medien, Internet und Digitale Agenda befindet sich im steten Spannungsfeld von Digitalisierung, Konvergenz, Medien- und Netzpolitik. Auch in diesem Berichtszeitraum trugen wieder Sachverständige, Wissenschaftler und hochrangige Vertreter von Wirtschaft und Verbänden zu wertvollen Anregungen für die politische Arbeit bei.

Der Bundesfachausschuss ist an seinem ersten Sitzungstag freitags für alle Interessenten offen, ein Format, was diesen BFA über die Parteigrenzen hinaus bekannt macht. Zusammen mit den ständigen Gästen, Interessenten und gewählten Experten finden sich regelmäßig 40-60 Teilnehmer ein. Die personelle Zusammensetzung des BFA ist hierbei aufgrund eines Bundesvorstandsbeschlusses von 2015 seit 2014 gleichgeblieben. Als Experten hat der BFA folgende Personen gewählt: Dr. Iris Henseler-Unger, Dr. Wolf Osthaus, Prof. Dr. Hubertus Gersdorf, Dr. Stefan Groß-Selbeck, Prof. Dr. Tobias Kollmann, Dr. Hans Hege, Prof. Dr. Michael Rotert, Dr. Tobias Schmid, Dr. Ole Jani und Benjamin Schötz.

Neben der regelmäßigen Beratung der verwiesenen Anträge des Bundesparteitags und der Mitgestaltung des Freiheitskonvents hat sich der Bundesfachausschuss mit mehr als 50 Änderungsvorschlägen zu rund zwei Dutzend Modulen in die Diskussion um das Bundestagswahlprogramm 2017 eingebracht.

Im Berichtszeitraum fanden folgende vier Sitzungen statt:

16. und 17. Oktober 2015, Berlin

In dieser Sitzung ging es vor allem über die datenschutzrechtlichen Auswirkungen des EuGH-Urteils zum Safe-Harbor-Abkommen, über die wettbewerbspolitischen Herausforderungen durch digitale Plattformen und den nicht richtig in Gang kommenden Breitbandausbau in Deutschland. Besonders spannend war für alle Freien Demokraten die Diskussion um die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einer digitalen Welt.

26. und 27. Februar 2016, Berlin

Safe-Harbor und Snowden führten in dieser Sitzung zu einer Schwerpunktdiskussion um den Datenschutz und den Vorschlag eines EU-einheitlichen Datenschutzrechts. Sehr kontrovers wurde die Frage diskutiert, ob es ein Bürgerrecht auf Freiheit von Werbung im Netz gibt. Stichwort: Adblocker. Ein Update zur Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz rundete die Sitzung mit Fragen zur Plattformregulierung und Vielfaltssicherung ab.

23. und 24. September 2016, Düsseldorf

Der scheidende Direktor der Landesmedienanstalt NRW Dr. Brautmeier erläuterte, ob die Medienregulierung durch Landesmedienanstalten ein Auslaufmodell ist. Ganz im Kontrast zu der Frage, welche Bedingungen Startups in Deutschland benötigen, um nicht bereits im Keim erstickt zu werden. Ob das Urheberrecht ein Hemmschuh oder vielleicht sogar zur Stärkung der Kreativität beiträgt, war Gegenstand umfänglicher Erläuterung. Auch in dieser Sitzung konnten keine neuen Erfolgsmeldungen zum schleppenden Breitbandausbau vermeldet werden.

17. und 18. Februar 2017, Berlin

Sharing Economy und autonomes Fahren als Megatrends waren die Schwerpunktthemen dieser Sitzung, die in der Hauptstadtrepräsentanz von Microsoft stattfand. Ungehobene Potentiale der Digitalisierung wurden an den Beispielen Connected Mobility, Internet der Dinge und Industrie 4.0 diskutiert. Datensicherheit, Anonymität und Vertrauen im Netz waren eigene Tagesordnungspunkte. Die zweite Hälfte der Sitzung war vollständig der Arbeit am Bundestagswahlprogramm gewidmet.



Das Bundesfachausschuss Medien, Internet und digitale Agenda tagte im Hans-Dietrich-Genscher-Haus.

## BFA Familie, Senioren, Frauen und Jugend

### Vorsitz: Mieke Senftleben

Insgesamt hat der Bundesfachausschuss im Berichtszeitraum fünf Sitzungen sowie ein Hearing durchgeführt.

Auf der Sitzung im September 2015 wurden die Ideen zum „KindergeldNEU“ weiterentwickelt. Ziel war es, zum Parteitag 2016 in Berlin gemeinsam mit dem BFA Soziales einen Antrag vorzulegen, damit dieses Thema auch Teil des Bundestagswahlprogramms 2017 wird. Der Antrag wurde an den Bundesvorstand überwiesen und dort angenommen. Ein entsprechendes Modul für das Wahlprogramm wurde erarbeitet.

In den zwei weiteren Sitzungen (November 2015 in Berlin und Februar 2016 in Hamburg) hat sich der BFA insbesondere mit dem Thema „Kinder haben ein Recht auf beide Eltern“ befasst. Dabei ging es um die Anerkennung und gesetzliche Verankerung der Doppelresidenz als Anspruch des Kindes. Der aus der Diskussion resultierende Antrag wurde auf dem Bundesparteitag leider nicht behandelt. Aufgrund eines Antrages des BFA Justiz mit einer anderen Auffassung zu dieser Thematik, bat der Bundesvorstand die Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse, ein Expertenhearing durchzuführen, mit dem Ziel, ein gemeinsames Papier zu erarbeiten. Dieses Hearing wurde am 24. September 2016 in der Bundesgeschäftsstelle durchgeführt. Als Experten wurden eingeladen: Dr. Martin Menne, (Richter am Kammergericht Berlin), Prof. Dr. Hildegund Sünderhauf (Ev. Hochschule Nürnberg), Eva Becker (Rechtsanwältin, Berlin) und Peter Thiel (Systemischer Familientherapeut, Berlin). Ein gemeinsames Papier wurde von Dr. Schulenberg und Mieke Senftleben vorgelegt, fand jedoch keine Mehrheit im BFA Familie. Auf dem Bundesparteitag 2017 stehen deshalb zwei alternative Module zur Abstimmung.

Das Thema „Rush-Hour des Lebens“ wurde gemeinsam mit Vertretern des BFA Soziales auf der Sitzung im Juli 2016 diskutiert, um als Voraussetzung für das Modul die Position für das Wahlprogramm zu definieren.

Die Sitzung im Februar 2017 stand ganz im Zeichen des zukünftigen Wahlprogramms. Alle für den BFA Familie relevanten Module haben wir ausführlich debattiert und wenn notwendig, Änderungsvorschläge an die Geschäftsstelle weitergeleitet.

An der Speakers' Corner auf dem Bundesparteitag 2016 war der Bundesfachausschuss beteiligt, um seine Inhalte mit den Parteifreunden zu diskutieren. „KindergeldNEU“ sowie „Rush-Hour des Lebens“ wurden lebhaft debattiert. Dank an Katja Suding, die sich an der zuletzt genannten Diskussion beteiligt hat. Es ging uns bei der Speakers' Corner aber auch darum, den neu gegründeten BFA bekannt zu machen, um weitere Mitglieder für unseren Ausschuss zu begeistern – leider haben noch immer nicht alle Landesverbände Vertreter oder Vertreterinnen für diesen Ausschuss benannt.

## BFA Verkehr

Vorsitz: Dieter Posch

Die Arbeit des Bundesfachausschusses Verkehr hat im Berichtszeitraum auf drei Ebenen stattgefunden.

### 1. Zusammenarbeit mit Landesverbänden und Austausch mit Landtagsfraktionen

Die Zusammenarbeit bestand in der Erarbeitung von verkehrspolitischen Vorstellungen und deren öffentliche Präsentation, z. B. der Vorschlag, das Staatsziel Infrastruktur verfassungsrechtlich zu verankern in der FAZ. Die Teilnahme an Veranstaltungen z. B. Podiumsdiskussionen zu aktuellen Themen z. B. Infrastrukturgesellschaft des Bundes und Anforderungen an ein Luftverkehrskonzept für Deutschland.

### 2. Erarbeitung von Mobilitäts-Papieren

Verkehrspolitische Themen waren insbesondere: Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, Bürgerbeteiligung (u. a. mit dem BFA Wirtschaft); die Weiterentwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs durch neue Bedienformen, z. B. Carsharing, Mobilitätsdienstleister. Die Entbürokratisierung des Personenbeförderungsgesetzes (z. B. Taxen), die Entwicklung des Autonomen Fahrens, Assistenzsysteme, Digitalisierung (gemeinsam mit namhaften Vertretern von BMW, der DB und den Verband der Automobilindustrie). Teilweise konnten dem Bundesvorstand Stellungnahmen vorgelegt werden. Die Sitzungen haben in Berlin, in Düsseldorf und in Frankfurt (Fraport) stattgefunden.

### 3. Zusammenarbeit mit Verbänden und Institutionen

Das Ergebnis der letzten Bundestagswahl hat dazu geführt, dass der Kontakt zu Verbänden und Institutionen aus dem Bereich der Mobilitätswirtschaft erschwert war. Mitglieder des BFA haben versucht, den Kontakt zu diesen Organisationen aufrecht zu erhalten. So sind wichtige Veranstaltungen besucht und Termine, teilweise mit Landtagsabgeordneten, durchgeführt worden. Dabei handelte es sich u. a. „Pro Mobilität“, den Bundesverband der deutschen Luftverkehrswirtschaft, der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Verkehrsflughäfen, dem Verkehrsforum, der Verkehrswissenschaftlichen Vereinigung, dem VDV, dem Bundesverband der Bahnindustrie, dem Bundesverkehrsministerium, der „DEGES“.

Teilweise ist es dadurch gelungen, dass Mitglieder des BFA als Referenten bei diesen Verbänden etc. aufgetreten sind. Schließlich soll auf den außerordentlich guten Austausch mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hingewiesen werden (Mobilität – Liberale Lösungen). Das Thema Infrastrukturgesellschaft und insbesondere „autonomes“ Fahren und Digitalisierung der Wirtschaft wird in Zukunft eine herausragende Rolle spielen.

## BFA Kultur

Vorsitz: Dr. Rupert Graf Strachwitz (bis November 2016), Dr. Christopher Vorwerk (ab November 2016)

Der Bundesfachausschuss Kultur tagte in der Berichtsperiode insgesamt viermal.

Schwerpunkt des Treffens am 7. November 2015 in Berlin wurde eine ausführliche Besprechung des Kulturgutschutzgesetzes, die in einem kritischen Statement mündete, das Dr. Rupert Graf Strachwitz beim folgenden Bundesparteitag einbringen sollte. Ferner wurden neben den aktuellen Kulturbaustellen in Berlin u.a. auch die soziale Situation von Künstlern angesprochen.

In der folgenden Sitzung am 22. April 2016 in Berlin wurde der von Dr. Graf Strachwitz ausformulierte Text zum Kulturgutschutzgesetz nochmals kritisch beleuchtet und verabschiedet. Thematisch wurde für die kommenden Sitzungen die Zuarbeit zum FDP-Wahlprogramm der Bundestagswahl 2017 ins Auge gefasst. Ein weiteres zukünftiges Thema sollte der Umgang mit Museumsdepots sein. Jedoch hat im Nachgang dieser Sitzung Dr. Graf Strachwitz den Vorsitz des BFA Kultur niedergelegt.

Da der Vorsitz des BFA Kultur im November 2016 noch vakant war, wurde die bereits terminierte Sitzung am 4. und 5. November 2016 von den Stellvertretern Dr. Bettina von Seyfried und Nico Tippelt durchgeführt. In der Sitzung wurden hauptsächlich die zu dem Zeitpunkt vorliegenden Module des Wahlprogramms zur bevorstehenden Bundestagswahl 2017 bearbeitet.

Mitte November wurde Dr. Christopher Vorwerk durch den Bundesvorstand zum neuen Vorsitzenden des BFA Kultur ernannt. Als Auftakt wurden von ihm in einer Online-Umfrage die Bedürfnisse und Wünsche der BFA-Mitglieder für die weitere gemeinsame Arbeit eruiert.

Vom 20. bis 23. Januar 2017 fand die erste Sitzung unter neuem Vorsitz in Berlin statt. Wichtiger Tagesordnungspunkt war die erneute Durcharbeitung des aktuellen Entwurfs des Bundestagswahlprogramms. Dabei stand Generalsekretärin Nicola Beer am ersten Nachmittag Rede und Antwort. Darüber hinaus lieferten während der weiteren Sitzungstage externe Referenten Impulse zu aktuellen kulturpolitischen Themen, so zum „Kunsthandel in Zeiten des Kulturgutschutzgesetzes“, zur Frage „Quo vadis Urheberrecht?“, zur „Förderung von Computerspielen als Kulturgut“ sowie zum Thema „Our bodies! Our Art? – Die (Nicht-) Einbeziehung von künstlerischen Kollektiven bei der Besetzung von Intendanten“. Während des Wochenendes wurden als Kulturorte die Deutsche Oper Berlin und das Staatsballett Berlin besucht.

Die nächste Sitzung des BFA Kultur soll am Rande des 68. Bundesparteitags in Berlin stattfinden.

## BFA Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Vorsitz: Dieter Kleinmann

Dem Bundesfachausschuss Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gehören Mitglieder christlichen, jüdischen und muslimischen Glaubens an. Stellvertretende Vorsitzende sind Dr. Irmgard Schwaetzer, Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und Mitglied des Rates der EKD, und Alfred Neugebauer – er leitet auch den Katholisch-Liberalen Arbeitskreis in Bayern (KLAK).

Sehr ausführlich beschäftigte sich der Bundesfachausschuss zusammen mit der Kommission Freiheit und Ethik mit dem vom Bundesparteitag im Mai 2016 in Berlin beschlossenen Auftrag, „vor dem Hintergrund der aktuellen und erwarteten Entwicklung der Gesellschaft das Verhältnis der in Deutschland vertretenen Glaubensgemeinschaften untereinander und zur freiheitlichen Gesellschaft zu analysieren und entsprechende Grundsätze zu formulieren“. Ein entsprechender Berichtsantrag wurde zum Bundesparteitag im April 2016 eingebracht. Dabei entfalteten Bundesfachausschuss und Kommission die Aufgabenstellung in sieben Kapiteln. Nachdem dieser Antrag aus zeitlichen Gründen nicht beim Bundesparteitag behandelt werden konnte, wurde er an den Bundesvorstand überwiesen. Dieser beschloss, den Antrag in zwei Teile aufzuteilen (I - III und IV - VII) und den zweiten Teil an Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft zu übersenden – als Grundlage für gemeinsame Gespräche. Die Teile I - III sollten von Bundesfachausschuss und Kommission noch einmal überarbeitet werden mit dem Ziel, daraus eine Vorlage für eine Erklärung der Freien Demokraten zum Reformationsjubiläum zu formulieren.

Ein weiterer Schwerpunkt bildete das Thema „Islam“. Bereits 2015 hatte sich der BFA mit der Frage auseinandergesetzt: „Gehört der Islam zu Deutschland?“ (Wulff/ Merkel). Dabei wurde folgende Stellungnahme beschlossen:

„Die Beantwortung der Frage „Ist der Islam Teil Deutschlands?“ erzwingt eine grobe Verallgemeinerung, welche die Freien Demokraten keineswegs mittragen. Unzweifelhaft hat die Ordnung des Grundgesetzes, die auf Freiheit und Toleranz fußt, ihre Wurzeln nicht nur im Christentum und Judentum, sondern auch im Humanismus und in der Aufklärung. Sie ist entstanden im jahrhundertelangen Ringen um Wahrheit, Glaubensfreiheit und die Freiheit, nichtreligiös zu sein. Das Dach dieser Ordnung mit christlich-jüdisch-humanistischen Wurzeln schützt jedoch nicht nur diejenigen Religionen und Weltanschauungen, die sie hervorgebracht haben. In Deutschland lebende Muslime können sich genauso auf die Religionsfreiheit berufen wie Christen, Juden und „Nichtreligiöse“.

Zuvor fand bereits ein Treffen mit Prof. Dr. Handan Aksünger, Juniorprofessorin der Akademie für Weltreligionen in Hamburg statt. Sie gab dem BFA einen Überblick über die Arbeit der Akademie und zu den Aleviten in Deutschland.

Beim 35. DEKT in Stuttgart vom 3. bis 7. Juni 2015 war die FDP mit einem Stand „Liberales Perspektiven“ – alle Vorfeldorganisationen mit einbindend – auf dem „Markt der Möglichkeiten“ vertreten. Auf dem „Marktplatz“ diskutierten Dr. Sybille Fritsch-Oppermann und Michael Theurer mit Präses Dr. Irmgard Schwaetzer über „Liberales Denken und christliche Freiheit“. Auch beim 36. DEKT in Berlin wird die FDP wieder mit einem Stand vertreten sein.

## BFA Sport

### Vorsitz: Detlef Parr

Eine Neuerung prägte die Arbeit des Bundesfachausschusses in den vergangenen zwei Jahren. Um die Basis der Zusammenarbeit zu erweitern und bundes- und landespolitische Sportthemen miteinander zu verknüpfen, wurden zu den BFA-Sitzungen zusätzlich die LFA-Mitglieder des gastgebenden Bundeslandes eingeladen. Diese Regelung gemeinsamer Sitzungen hat sich bewährt.

In der Sportschule des LSB Hessen in Frankfurt trafen wir mit dessen Präsidenten Dr. Rolf Müller zusammen, und die Justiziarin der Deutschen Fußball Liga (DFL) Christina Gassner erläuterte uns das Programm zu „Fußball und Sicherheit“ und die freiwilligen Leistungen der Verbände und Vereine einschließlich präventiver Maßnahmen. Danach schließt sich eine Gebührenerhebung für Polizeieinsätze – wie in Bremen vorgesehen – auch aus Sicht der FDP aus.

Unsere Unterstützung einer Olympiabewerbung für die Sommerspiele 2024 dokumentierten wir mit einer Sitzung im Rathaus der Hansestadt Hamburg. Wir konnten uns von einem schlüssigen Bewerbungskonzept – der Reformagenda des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) folgend – überzeugen. Es hätte eine breite Zustimmung der Bevölkerung in Hamburg verdient gehabt, aber das Olympia-Referendum nahm dann einen negativen Verlauf. Der Ruf sportlicher Großereignisse hatte wohl doch durch Korruption und Geschäftemacherei zu stark gelitten. Deshalb griffen wir dieses Thema sofort auf und hatten in der nächsten Sitzung Sylvia Schenk zu Gast, die Leiterin der Arbeitsgruppe Sport bei Transparency International. Die Entwicklung von Korruption und Manipulation im Sport wurde gründlich analysiert und Lösungswege erarbeitet.

Der Sport am Scheideweg. Wohin führt uns Olympia? Diese Frage diskutierten wir im Berliner Wahlkampf – nach den Spielen in Rio bei einem gut besuchten Sportforum mit prominenter Beteiligung.

Wir setzten diese Diskussion zur Neustrukturierung des Leistungssports und seiner Förderung in Dortmund fort und aktualisierten die „Sportpolitischen Eckpunkte der Freien Demokraten“, die der Bundesvorstand mit großer Mehrheit beschloss. Diese sportpolitische Kompetenz zeigten wir z. B. auch bei den Mitgliederversammlungen des Deutschen Olympischen Sportbundes und bei den Parlamentarischen Abenden des Sports, wo wir Freien Demokraten gern gesehene Gäste sind.



Detlef Parr mit dem Vorstand Dr. Michael Vesper, dem Präsidenten Alfons Hörmann und dem IOC-Präsidenten Dr. Thomas Bach.

## Kommission Freiheit und Ethik

Vorsitz: Roland A. Kohn

Ein Schwerpunkt der Kommission im Berichtszeitraum war die Erarbeitung des Antrags „Die Würde des Menschen in Grenzsituationen des Lebens“. Die Sicherung der Würde pflegebedürftiger Menschen muss sich an der weitgehenden Befähigung des Betreuten zur Autonomie, dem strikten Übermaßverbot der eingesetzten Mittel sowie an der Mitmenschlichkeit gerade gegenüber dem völlig Hilfebedürftigen orientieren.

Die Kommission fordert die Selbstbestimmung des Menschen bei medizinischer Behandlung und Pflege; der freie Wille des Betroffenen ist als Ausfluss der Menschenwürde (Artikel 1 GG) maßgebend. Dieser Wille des Betroffenen steht über der Meinung anderer Personen, auch der des Arztes.

Das Selbstbestimmungsrecht gilt auch am Lebensende. Der freie und ernsthafte Wunsch eines Menschen nach Beendigung des eigenen Lebens ist zu respektieren. Suizid ist keine strafbare Handlung, mithin darf die Beihilfe dazu ebenfalls nicht strafbar sein. Die Tötung auf Verlangen hingegen (§ 216 StGB) bleibt strafbewehrt (vom Bundesvorstand angenommen).

Der Deutsche Bundestag hat 2015 gegen den Rat vieler Palliativmediziner einen neuen Straftatbestand § 217 StGB beschlossen, der die geschäftsmäßige Beihilfe zum Suizid unter Strafe stellt. Der Bundesvorstand hat unsere Position angenommen, sich für die Abschaffung dieses Eingriffs in das Vertrauensverhältnis Arzt-Patient einzusetzen.

2016 hat sich der Bundesvorstand auf unsere Initiative hin gegen die Absenkung des Schutzniveaus nicht einwilligungsfähiger Personen (AMG-Novelle der Bundesregierung) ausgesprochen. Die Entscheidung über medizinische Tests, die dem Betroffenen selbst keinen Nutzen bringen, darf nicht auf Dritte übertragen werden, da mit dem liberalen Menschenbild nicht vereinbar.

Zweiter Schwerpunkt war die Erarbeitung eines Papiers zum Reformationsjubiläum. In gemeinsamen Sitzungen mit dem BFA Kirchen wurden Grundzüge liberaler Religionspolitik entwickelt: Im Rahmen der Rechtsordnung des Grundgesetzes schützt und fördert liberale Religionspolitik die Freiheiten von Gewissen, Glauben und Bekenntnis in einer offenen Bürgergesellschaft. Als Grundrechte begründen sie die weltanschaulich-religiös neutrale Gleichbehandlung aller Bürger und aller Gemeinschaften durch den Staat. Normative Grundlage einer offenen Bürgergesellschaft sind die einigenden Werte und Überzeugungen eines liberal-republikanischen Ethos: Bekenntnis zur Werteordnung des Grundgesetzes, die Bürgertugenden des Freisinns, der Vernunft, der Toleranz und der Dialogfähigkeit. Diese Überlegungen wurden vom Bundesvorstand als Grundlage für Gespräche mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften angenommen. Ein Antrag zum Reformationsjubiläum für den BPT 2017 ist in der Endabstimmung.

Radikale und Populisten unterschiedlichster Couleur stellen die Lebensform Demokratie und ihre Grundwerte weltweit, aber auch in Deutschland infrage. Deshalb erarbeiten wir eine Reform-Offensive für die liberale Demokratie, die auf demokratische Ordnungspolitik und eine Kultivierung demokratischer Streitkultur setzt. Aufgenommen wurde die Debatte über ethische Aspekte der digitalen Transformation, da die Digitalisierung die Lebensweise der Menschen lokal und global erfasst und verändert. Diese Herausforderung geht über die ethischen und rechtlichen Probleme von autonomen Systemen („Fahren mit Autopilot“) hinaus.

Im Berichtszeitraum fanden sieben Sitzungen der Gesamtkommission statt, davon drei zusammen mit dem BFA Kirchen.

### 3 Liberales Vorfeld

#### Bundesverband Junge Liberale

Vorsitz: Konstantin Kuhle

Die beiden vergangenen Amtsjahre waren für die Jungen Liberalen (JuLis) mit Herausforderungen und Veränderung verbunden. Seit 2013 haben deutschlandweit tausende neue Mitglieder den Weg zu den JuLis gefunden. Ihnen nicht nur eine attraktive und moderne politische Heimat zu geben, sondern sie bei der Gestaltung von Politik aktiv mit einzubeziehen, um den Verband dadurch möglichst gut auf die Bundestagswahl 2017 vorzubereiten, war eines der zentralen Anliegen des Bundesverbandes.

Der Bundesvorstand der JuLis wird seit dem Frühjahr 2014 von Konstantin Kuhle angeführt, der seit 2015 auch dem FDP-Bundesvorstand als gewähltes Mitglied angehört. Neben der Einführung neuer partizipativer Diskussionsveranstaltungen, bei denen es in erster Linie um inhaltliche Programmdebatten ging, stand die methodische Schulung der Mitglieder im Mittelpunkt. Seit nunmehr zwei Jahren veranstaltet der Bundesverband dazu jährlich ein großes Praxisseminar mit hochkarätigen Referenten und rund 100 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet, die in den Bereichen Pressearbeit, Organisation und Programmatik geschult werden. Darüber hinaus wurden themenspezifische Bildungsveranstaltungen, etwa zur Finanz- oder zur Frauenpolitik durchgeführt, die bewährten Sommerakademien fortgesetzt und vier ordentliche Bundeskongresse durchgeführt.



Junge Liberale auf dem Bundeskongress 2016.

Die Bundeskongresse beschäftigten sich mit unterschiedlichsten Themenfeldern. Neben Diskussionen zur Wohnungs- und Steuerpolitik in Leipzig (Frühjahr 2016) oder zur Bildungspolitik in Hirschaid

(Herbst 2016) stand im letzten halben Jahr vor allem die Beratung des JuLi-Bundestagswahlprogramms im Mittelpunkt. Der Beratungsprozess begann bereits im Sommer 2016 mit einer großen Mitgliederbefragung. Daran knüpfte eine Vorstellung der neun zentralen Programthemen auf dem Bundeskongress im Herbst 2016 an. Anschließend folgte eine große Onlinebeteiligung im Frühjahr 2017 sowie der Beschluss des Programms auf dem vergangenen Bundeskongress in Oberhausen.

Auf dem Bundeskongress in Würzburg präsentierte der Bundesverband Ende 2015 sein neues Logo samt dem zugehörigen Design. Wie auch die Freien Demokraten, präsentieren sich die Jungen Liberalen nun in Gelb, Cyan und Magenta. Dadurch wird auch optisch deutlich, dass JuLis und FDP zusammengehören, aber zugleich nicht dieselbe Organisation sind. Denn trotz einheitlicher Farben ist die Eigenständigkeit der JuLis weiterhin zu erkennen. Zu Beginn dieses Jahres präsentierte der Bundesverband dann auch seine neue Website, die nicht nur optisch vollständig neu aufgelegt und partizipativer gestaltet, sondern vor allem technisch überholt wurde. Ein Besuch hierauf lohnt sich immer. Statten Sie uns doch mal einen Besuch ab.

## Bundesverband Liberaler Mittelstand

Vorsitz: Thomas L. Kemmerich

Die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand e.V. hat in den Jahren 2015 bis 2017 ihre positive Entwicklung weiter fortgesetzt. Die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand e.V. hat ihren Sitz in Berlin. Die aktuelle Mitgliederzahl beträgt ca. 960. Die Landes- und Regionalverbände führten zahlreiche Veranstaltungen durch, um mittelstandspolitische Themen in die Öffentlichkeit zu tragen.

Auf der 14. Bundesdelegiertenkonferenz am 7. November 2015 in Weimar wurde Thomas L. Kemmerich als Bundesvorsitzender bestätigt, sowie seine Stellvertreter Daniela Schmitt, Roman Link und Andreas Keck, ebenso der Schatzmeister Dorian Hartmuth. Das über die letzten zwei Jahre entwickelte Grundsatzprogramm wurde beschlossen und verabschiedet, sowie weitere Beschlüsse und Positionspapiere mit Blick auf Verantwortung für die Freiheit.

Auf der 15. Bundesdelegiertenkonferenz am 12. November 2016 in Essen fanden Nachwahlen statt. Es wurden Anträge beraten, unter anderem zur Gründerkultur, Arbeitswelt 4.0 und Datenhoheit mit starkem Bezug auf die Digitalisierung der Arbeits- und Wirtschaftswelt.

Alle Beschlüsse sind im Internet veröffentlicht unter <http://www.liberaler-mittelstand.de/unsere-positionen.html>. Die Positionspapiere des Vorstands finden sich unter <http://www.liberaler-mittelstand.de/beschluesse.html>.

## Bundesverband Liberale Frauen

Vorsitz: Katja Grosch

Die Bundesvereinigung Liberale Frauen war in den vergangenen Monaten vielfältig aktiv. Im Rahmen der Landtagswahlkämpfe in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und im Saarland gab es Veranstaltungen mit Kandidaten und Kandidatinnen zu Themen wie Eingliederung von Migrantinnen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr Frauen in die Politik, häusliche Gewalt und weibliches Unternehmertum. Ähnliche Aktivitäten wird es auch bei den Landtagswahlkämpfen 2017 und im Vorfeld der Bundestagswahl geben.

Beim Bundesparteitag beteiligten sich die Liberalen Frauen neben dem gut besuchten Stand und mehreren eigenen Anträgen zum zweiten Mal an der Speakers' Corner, dieses Mal mit einer engagierten Runde erfahrener liberaler Unternehmerinnen wie beispielsweise Katja Suding zum Thema „Frauen als erfolgreiche Unternehmerinnen“.

Enger Kontakt besteht seit Beginn zu dem Frauenförderungsprogramm der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, zunächst begleitet von der Bundesvorsitzenden und Europaabgeordneten Gesine Meißner. Mehrere Teilnehmerinnen arbeiten mittlerweile aktiv als Mitglied bei den Liberalen Frauen mit. In Thüringen konnte sich so der gesamte Landesvorstand neuformieren. Die dortige neue Landesvorsitzende Katja Grosch startete richtig durch und wurde bei der Bundesmitgliederversammlung im November 2016 in Potsdam zur neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Zum aktuellen geschäftsführenden Bundesvorstand gehören die Stellvertreterinnen Katja von Maur-Reinhold (Berlin), Eva-Maria Finck-Hanebuth (Hessen), Gesine Meißner (Niedersachsen), Schatzmeisterin Marianne Schröder (Nordrhein-Westfalen) und Schriftführerin Elke Bass (Baden-Württemberg).

Bei Bundesmitgliederversammlungen wurden Strategieworkshops sehr positiv aufgenommen. In einigen großen Landesverbänden gibt es weitere Untergliederungen auf Bezirks- oder Kreisebene. Zusammenarbeit mit anderen Frauenverbänden erfolgt über Landes- und Bundesfrauenrat. Aktuell gibt es gute Kooperationen zu Themen von gemeinsamem Interesse mit den Jungen Liberalen und den Liberalen Senioren.

## Bundesverband Liberale Senioren

Vorsitz: Detlef Parr

Die Wahlergebnisse belegen immer wieder die Bedeutung der älteren Wählerinnen und Wähler für die Freien Demokraten – höchste Zuwächse bei den über 60-Jährigen. Kein Wiedereinzug in die Parlamente ohne den Zuspruch dieser größten Bevölkerungsgruppe. Daran haben die Liberalen Senioren auf Landes- und Bundesebene mit ihrer inhaltlichen Arbeit im Bundesvorstand und auf den mitgliederöffentlichen Bundesdelegiertenversammlungen einen wichtigen Anteil. Sie wird flankiert vom Mitwirken in allen FDP-Bundesfachausschüssen und den Fachkommissionen der BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen). Auf dem Deutschen Seniorentag treten wir mit eigenen Veranstaltungen auf, zuletzt zur Rolle der Großeltern in Trennungsfamilien.

Inhaltliche Schwerpunkte und daraus resultierende Anträge an den FDP-Bundesparteitag:

- Wertediskussion – „Leitbildprozess mit Code of Conduct (Verhaltenskodex) flankieren“,
- Pflege (Beteiligung an der Erarbeitung des Antrags „Pflege – liberale Antworten auf eine demographische Herausforderung“,
- Altersversorgung – Rente (Co-Antragsteller „Für eine moderne Altersversorgung“),
- Gegen Doppelbesteuerung bei Direktversicherungen (Teilnahme an Demonstrationen – Initiativen im Landtag NRW),
- Altersdiskriminierung (z.B. gegen Altersgrenzen – gegen verpflichtende Tests zur Fahrtauglichkeit – Wohnraumkreditrichtlinie der EU),
- Niedrigzinspolitik – Bedeutung des Bargelds.

Durch regelmäßige Berichte aus den Landesverbänden stellen wir im Bundesvorstand den Informationsfluss sicher. Ein Seniorenbrief ergänzt die regionalen Veröffentlichungen, die Homepage dient als Kommunikationsplattform und wir sind auf dem Weg, auch die sozialen Medien verstärkt zu nutzen.

Die Liberalen Senioren haben keinen Aufnahmestopp für Neumitglieder, etwa 900 Mitstreiterinnen und Mitstreiter wünschen sich dringend Zuwachs.



Bundesdelegiertenversammlung des Bundesverbandes Liberale Senioren in Mainz: Dirk-Heinrich Heuer, Eckart George, Nicole Bracht-Bendt, Dr. Volker Wissing, Detlef Parr, Rainer Brüderle (v.l.n.r.).

## Bundesverband Liberale Hochschulgruppen

Vorsitz: Johannes Dallheimer

Der Bundesverband der Liberalen Hochschulgruppen hat eine schwierige, aber effektive Zeit des strukturellen Umbruchs und Neuaufbaus hinter sich. Um die Rolle des Partners der lokalen Hochschulgruppen und Vertreter von liberaler Hochschulpolitik auf allen Ebenen wieder voll und ganz wahrnehmen zu können, musste der neue Vorstand unter Leitung von Alexander Schopf ab Juni 2015 zunächst wieder die organisatorischen Grundlagen schaffen. Mit viel Fleiß und oft ohne Glanz ging es an die finanzielle Stabilisierung, Neuauflagen von Werbe- und Repräsentationsmittel, Reaktivierung der Bundesgeschäftsstelle, Erneuerung vielerlei Informationstechnologien und Aufbau eines liberalen Kooperationsnetzwerkes. Thematisch drehte sich in dieser Zeit alles um den aktuellen Diskurs des studentischen Wohnraums.

Geeint führt seit Januar 2016 nun Johannes Dallheimer den LHG in die Erfolgsspur Richtung Bundestagswahl 2017. Denn zahlreiche Wahlerfolge der Gruppen an Hochschulen im ganzen Land zeigen, dass liberale Hochschulpolitik auch landesweit über eine Fraktion im Bundestag wieder Gehör verdient hat. Dafür wurde das Jahr 2016 intensiv genutzt, um die zukünftige Ausrichtung des LHG zu bestimmen. In einem aufwändigen Prozess „Zukunftsdiallog“ hat der Vorstand über 35 liberale Hochschulgruppen besucht, Input gesammelt und nach tiefgründiger Auseinandersetzung wurde ein neues Leitbild für die LHG demokratisch beschlossen. An dessen Ende steht nun als neues einheitliches Zeichen des Aufbruchs ein neues Logo. Neben Aktualisierung des Designs, trägt die Professionalisierung von Auftritt und Dienstleistungen seitdem dazu bei, die Arbeit der vielen liberalen Hochschulgruppen zu verbessern. Dafür wurden 2016 auch gleich zwei erfolgreiche Kampagnen aufgelegt: Zum einen „BarriereFREIHEIT“ rund um das Thema Studium mit Behinderung. Und zum anderen „Humboldt Reloaded“ mit Plakaten, Postkarten, Stickern und einer Website, auf der viele prominente Stimmen zu Themen der Freiheit in der Bildung zu Wort kommen, um die aktuelle Relevanz des humboldtschen Bildungsideals zu verdeutlichen. Weiterhin arbeitet der Bundesverband an der Professionalisierung des Verbandes in Servicebereich für die Untergruppen und der Organisation für Veranstaltungen.

Um die großen bildungspolitischen Themen anpacken zu können, wurde insbesondere die Vernetzung und Austausch verbessert. Mit nie da gewesener Präsenz der Vorstandsmitglieder bei allen Hochschulgruppen, Partnern, wie auch zahlreichen politischen Veranstaltungen im ganzen Land und sogar im Ausland, wurde wieder ein Fuß in die morsche Tür der Bildungspolitik gesteckt. Und dass an Hochschulen Interesse an liberaler Politik besteht, konnte ebenso eindrucksvoll bereits bei diversen Veranstaltungen mit Christian Lindner bewiesen werden, dessen überfüllte Veranstaltungsreihe sich 2017 an vielen Hochschulstandorten fortsetzen wird. Mit Mut aber auch Entschlossenheit ob der großen Aufgaben hinsichtlich Hochschulpolitik schaut also auch der LHG in dieses besondere Jahr.

## Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker

Vorsitz: Judith Pirscher

Die Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) ist der Dachverband der 16 VLK-Landesverbände und damit die bundespolitische Interessenvertretung der liberalen Kommunalpolitiker. Die Mitgliederzahlen in den Landesverbänden sind nach und durch die erfolgreichen Kommunalwahlen gestiegen, es sind aber noch nicht alle FDP-Kommunalpolitiker Mitglied in der VLK. Anders als bei anderen Parteien besteht keine Pflichtmitgliedschaft.

Als kommunalpolitisches Fachgremium der Freien Demokraten wirkt die VLK bei der Entwicklung von inhaltlichen Positionen mit und vertritt liberale Positionen in den kommunalen Spitzenverbänden. Die VLK-Landesverbände bieten eine Vielzahl von Informations- und Schulungsveranstaltungen an.

Die jährlichen Bundesdelegiertenversammlungen fanden am 30. und 31. Oktober 2015 in Berlin und am 7. und 8. Oktober 2016 in Hamburg statt. In Berlin wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt. Neue Bundesvorsitzende wurde die Landesrätin Judith Pirscher aus Münster. Stellvertreter sind Susanne Itzerott, Patrick Meinhardt und Fritz Haugg. Der langjährige Vorsitzende Wolfram Dette wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Inhaltlich stand die Delegiertenversammlung unter dem Thema „Flüchtlingspolitik in den Kommunen“.

In Hamburg wurden Anträge zu den Themen Breitbandausbau, Abschaffung des Solis, Eingliederungshilfe und Pflegeversicherung beraten und verabschiedet.

Die Bundes-VLK präsentiert sich regelmäßig auf den Bundesparteitagen der FDP. Kommunalpolitisch interessante Informationen werden tagesaktuell auf Facebook und im Internet unter <http://www.vlk-bundesverband.de/> verbreitet. Dies gilt auch für die gefassten Beschlüsse. Eine Arbeitsgruppe bereitet eine elektronische Ausgabe des Informationsdienstes „Das Rathaus“ vor.

Die Bundesgeschäftsstelle der VLK ist von Berlin nach Marsberg verzogen und wird dort ehrenamtlich betreut.

## Bundesvereinigung Liberale Schwule und Lesben

Vorsitz: Michael Kauch

Die Bundesvereinigung Liberale Schwule und Lesben befindet sich weiter in einer Wachstumsphase. Sie konnte im Berichtszeitraum ihre Mitgliederzahl um etwa ein Drittel steigern. Ein neuer Landesverband Mitteldeutschland wurde für Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen gegründet.

Die Liberalen Schwulen und Lesben verstehen sich als liberale Vorfeldorganisation, die zum einen Bürgerrechts- und Menschenrechtsthemen hinsichtlich Lesben, Schwulen und Transgender in die Partei trägt, zum anderen Zielgruppenarbeit für die Liberalen bei interessierten Bürgerinnen und Bürgern leistet.

Folgende Aktivitäten sind hervorzuheben:

Gemeinsam mit der Bundespartei und den Jungen Liberalen wurde 2015 und 2016 erneut eine gemeinsame Kampagne zu den Christopher Street Days organisiert. Diese wird unter der Leitung von Michael Kauch mittlerweile in über 40 Städten unterschiedlicher Größe umgesetzt – von Köln bis Chemnitz, von Kiel bis Freiburg. Die Kampagne schafft seit 2004 Sichtbarkeit für die FDP und ihre Politik und ist die größte kontinuierliche Kampagne in der liberalen Familie. Auch für 2017 ist eine Fortsetzung der Kampagne vorgesehen.

Programmpapiere von LiSL wurden in Bundesfachausschüsse der FDP eingebracht und dort weiterentwickelt. In Folge haben die BFAs Arbeit & Soziales sowie Internationale Politik zu den Bundesparteitagen Anträge zur internationalen Menschenrechtspolitik bzw. zum Diversity Management in der Arbeitswelt gestellt. Diese wurden zwischenzeitlich vom FDP-Bundesvorstand beschlossen. Schließlich hat sich LiSL aktiv am Programmprozess für das Bundestagswahlprogramm 2017 der FDP beteiligt.

LiSL unterstützt die Landtagsfraktionen der FDP in der thematischen Arbeit. Der hessische Landtagsabgeordnete und LiSL-Bundesvorstandsmitglied Jürgen Lenders organisiert einen regen Austausch der Ansprechpartner in den Landtagsfraktionen über gute Initiativen in den einzelnen Bundesländern.

Programmatisch hat LiSL 2015 und 2016 einen Schwerpunkt auf die internationale Menschenrechtspolitik gelegt und sich dabei auch in Programmprozesse von LI und ALDE eingebracht. Im Rahmen dessen wurde ein Empfehlungspapier für liberale Parteien in Europa erarbeitet. Nach außen ist LiSL u.a. in der menschenrechtsorientierten Yogyakarta-Allianz aktiv.

Mitglieder, die sowohl bei LiSL als auch im Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD) aktiv sind, haben die Reformvorhaben von LiSL im Familienrecht in den LSVD getragen und dort einen Programmprozess zum Rechtsrahmen von Regenbogenfamilien angestoßen.

In Kooperation mit LiSL hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Veranstaltungen zur Bürgerrechts- und Menschenrechtspolitik für Lesben, Schwule und Transgender und zu Diversity Management an Hochschulen organisiert. Außerdem konnte im Rahmen dieser Kooperation eine Veranstaltung anlässlich der Hirschfeld-Tage 2016 der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld in Halle angeboten werden.

Im Jahr 2016 hat der Bundesparteitag LiSL in der Satzung der Bundespartei verankert. In den meisten Landesverbänden steht dies noch aus.

2017 wird das Engagement von LiSL bei den zahlreichen Christopher Street Days von besonderer Bedeutung sein, da die Veranstaltungen während des Bundestagswahlkampfes stattfinden. Dabei werden wir deutlich machen, dass die FDP gerade bei der Familien- und Menschenrechtspolitik für Lesben, Schwule und Transgender innovativer und engagierter ist als die politischen Wettbewerber.



Die Freien Demokraten zeigen auf dem CSD in Berlin Flagge.

#### 4 Statistik

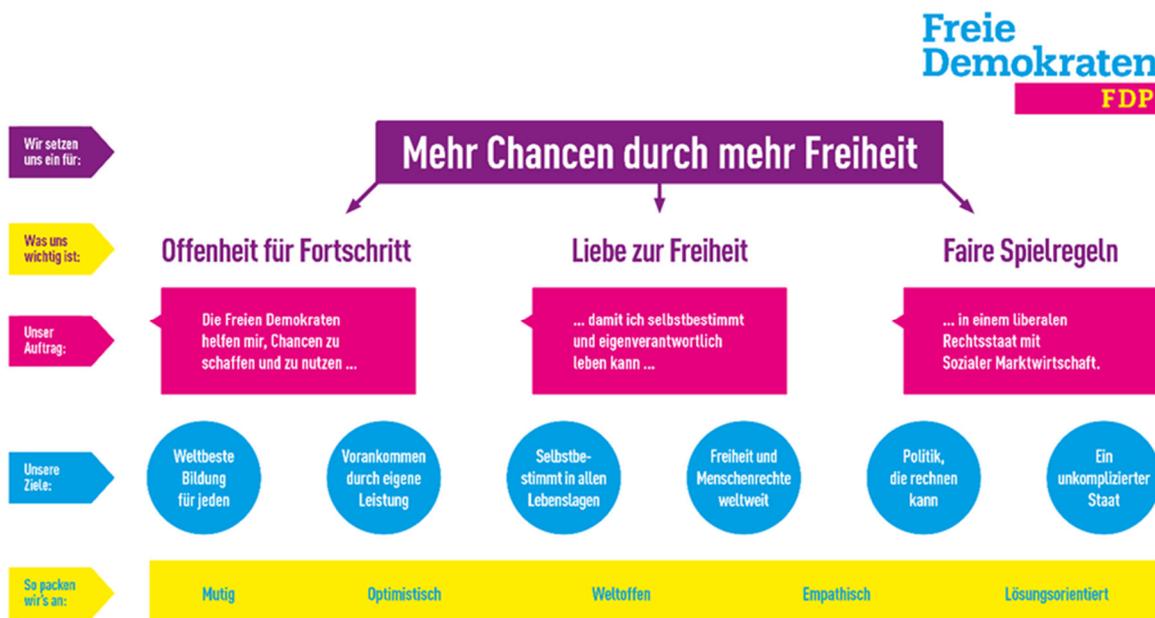
##### Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum

Landesverband	31.03.2017	Männer	Frauen	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
Baden-Württemberg	6575	5125	1450	6451	6370	6486
Bayern	5202	4090	1112	5012	4877	4994
Berlin	2746	2137	609	2639	2496	2609
Brandenburg	1139	897	242	1141	1136	1206
Bremen	310	248	62	301	309	282
Hamburg	1202	977	225	1161	1073	1043
Hessen	5561	4292	1269	5478	5427	5606
Mecklenburg-Vorpommern	681	546	135	704	730	764
Niedersachsen	5373	4213	1160	5282	5112	5230
Nordrhein-Westfalen	14475	11080	3395	13921	13780	14295
Rheinland-Pfalz	4068	3196	872	4021	4066	4244
Saarland	1068	763	305	1048	1067	1131
Sachsen	1879	1498	381	1879	1943	2112
Sachsen-Anhalt	1210	946	264	1210	1219	1274
Schleswig-Holstein	2126	1588	538	2054	2009	2072
Thüringen	1172	919	253	1181	1193	1229
<b>Ausland / bundesunmittelbar</b>	<b>417</b>	<b>349</b>	<b>68</b>	<b>413</b>	<b>390</b>	<b>390</b>
<b>Gesamt-Partei</b>	<b>55204</b>	<b>42864</b>	<b>12340</b>	<b>53896</b>	<b>53197</b>	<b>54967</b>

## Wahlergebnisse im Berichtszeitraum

Wahl	Datum	in %	Zuwachs in %
Bürgerschaftswahl Bremen	10.05.2015	6,6	+ 4,2
Kommunalwahl Hessen	06.03.2016	6,4	+ 2,6
Landtagswahl Baden-Württemberg	13.03.2016	8,3	+ 3,0
Landtagswahl Rheinland-Pfalz	13.03.2016	6,2	+ 2,0
Landtagswahl Sachsen-Anhalt	13.03.2016	4,9	+ 1,1
Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern	04.09.2016	2,8	+ 0,2
Kommunalwahl Niedersachsen	11.09.2016	4,8	+ 1,4
Abgeordnetenhauswahl Berlin	18.09.2016	6,7	+ 4,9
Landtagswahl Saarland	26.03.2017	3,3	+ 2,1

## Leitbild der Freien Demokraten



# Organisationsplan der FDP-Bundesgeschäftsstelle

## Hans-Dietrich-Genscher-Haus

### BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER



Dr. Marco Buschmann

### ORGANISATION UND FINANZEN

#### BEREICHSLEITUNG



Torsten Grau

#### BEREICHSASSISTENZ



Katharina Riemann



Bettina Gaudig

#### PERSONAL UND FINANZEN



Ute Souayah

#### TECHNIK



David Feyer

#### TECHNIK



Franz Jobst

#### LEITER WAHLKAMPFPLANUNG UND EVENTS



Jürgen Stindt

#### ORGANISATION UND EVENTMANAGEMENT



Dana Rauf

#### GRAFIK UND ORGANISATION



Daniel Dombrovsky

#### SACHBEARBEITUNG GESAMTKAMPAGNE



Michael Iden

### MEDIEN UND KOMMUNIKATION

#### PRESSEPRECHER UND BEREICHSLEITUNG



Nils Droste

#### ONLINE-KOMMUNIKATION



Thomas Diener

#### PRESSE



Roland Kowalke

#### SEKRETARIAT



Jeanette Stein

#### FREIRAUM



Matti Karstedt

#### FREIRAUM



Lars Rolle

#### FREIRAUM



Hannah Seelhorst

## PROGRAMM UND ANALYSE

### BEREICHSLEITUNG



Maria Wandel

### PROGRAMM



Tobias Scholl

### POLITISCHE ANALYSE



Monika Mayer

## LEITUNGSBEREICH

### BÜRO DES BUNDESVORSITZENDEN

#### BÜROLEITUNG UND PERSÖNLICHE REFERENTIN



Katrin Grothe

#### SEKRETARIAT



Heike Krause

#### SPRECHER



Moritz Kracht

### BÜRO DER GENERALEKRETÄRIN

#### BÜROLEITUNG



Angelika Sick

#### ORGANISATION UND GREMIENBETREUUNG



Manuela Wolfram

#### SEKRETARIAT



Heike Krause

### BÜRO DES BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERS

#### BEREICHSLEITUNG



Maria Wandel

#### WAHLKAMPFASSISTENZ



Dr. Franziska Assmann

#### WAHLKAMPFASSISTENZ



Kevin Machura

#### WAHLKAMPFASSISTENZ



Dr. Charlotte von Mangoldt

#### SEKRETARIAT



Christina Nitz

## Impressum

Freie Demokratische Partei  
Bundesgeschäftsstelle  
Hans-Dietrich-Genscher-Haus  
Dr. Marco Buschmann  
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin  
T: 030 284958-10  
F: 030 284958-12  
[marco.buschmann@fdp.de](mailto:marco.buschmann@fdp.de)

Gesamtherstellung: FDP-Bundesgeschäftsstelle, Hans-Dietrich-Genscher-Haus,  
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

Fotos: Petra Horstick, Caitlin Hardee, Gerhold Hinrichs-Henkensiefken, Picture Alliance, Roland Kowalke